DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

9. Ausgabe
November, 1990
2,- Mark

Renaissance der Burschenschaften?
DSU - Absturz einer Partei?
Schlesier: Geburtstag auf Staatskosten?



Inhalt

Editorial / In eigener Sache
LeserInnenbrief
Seite 2

Burschenschaften
Seite 3

Wehrsportgruppe
Seite 4

Landsmannschaft Schlesien
Seite 5

Splitter zum 3. Oktober
Seite 6

Ermittlungen gegen Polizei eingestellt
Seite 7

Bewegung am rechten Rand
Seite 8

Glotz in rechter Zeitschrift
Seite 8

Keine Ehrung für Widerstandskämpfer
Seite 9

Deutsche Soziale Union
Seite 10

Stützpunkt Dänemark
Seite 11

Ritterkreuzträger
Seite 12

Bayernwahl
Seite 13

Kontakte der "Unitarier"
Seite 14

Zeitschriftenschau
Seite 16

Impressum
Der Rechte Rand
Postfach 1324 • 3000 Hannover 1
Postgiro Hannover
Nr.445586-301 • BLZ 250 100 30
Auflage: 2000
Druck: Interdruck
Tel. 0511/70 25 26
Satz und Layout: R.Simon & H. Phililipp
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
HerausgeberInnen:
Stefan Berndt, Rainer Butenschön, Lisa Böhne, Winfried Holzinger, Alfred Klose, Jürgen Trittin, Karl-Heinz Vach, Dorothea Vogt

Editorial

Mit dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik werden die Gruppierungen rechts von der Union mobil. Die Burschenschaften erleben eine Renaissance, die Akzeptanz nicht nur konservativer Kreise gegenüber "neu"rechten Gruppierungen und Publikationen nimmt zu. Mit Beispielen dafür beschäftigen sich mehrere Beiträge dieses Heftes.
Sehr erfreulich war die positive Resonanz auf unsere Ankündigung, uns fortan nicht mehr auf Niedersachsen beschränken zu wollen. Mehrere Artikel und Informationen sind bei uns eingegangen, die wir nach Möglichkeit in die vorliegende Ausgabe aufgenommen haben. Geglückt ist uns dadurch auch die pünktliche Herausgabe der neunten Ausgabe des Rechten Randes, wenn auch aus finanziellen und drucktechnischen Gründen etwas schmaler als üblich. Die nächste Ausgabe wird dann wieder 20 Seiten umfassen und am 5. Januar 1991 erscheinen (Redaktionsschluß: 20. Dezember 1990).

Ein kleiner Tip: Falls es Schwierigkeiten bei der Auswahl eines Weihnachtsgeschenkes geben sollte:
Ein Rechter-Rand-Geschenkabo !

LeserInnenbrief

Aus der ehemaligen DDR erreichte uns der Brief eines autonomen Antifaschisten (Name ist der Redaktion bekannt). Teile der Analyse hält die Redaktion für nicht zutreffend. Die angegebenen Zahlen scheinen übertrieben. Die Einschätzung der bürgerlichen Demokratie als Prä-Faschismus und die Befürwortung gewalttätiger Aktivitäten werden nicht geteilt. Dennoch möchten wir den Brief unseren LeserInnen nicht vorenthalten und stellen ihn (gekürzt) zur Diskussion.

"(...) Fakt ist, daß die neofaschistische Bewegung die Organisations- und Aufbauphase bereits hinter sich hat und nun überall zum Angriff übergeht. In unserer Gegend, also im Süden der ehemaligen DDR ist festzustellen, daß sich alle rechtsextremen Parteien und Gruppen von Reps über Wiking Jugend bis zur FAP auch illegal etabliert haben. Allein im Großraum Leipzig (Industriegebiet Leipzig-Böhlen-Bornau) gibt es 30 000 organisierte Neonazis. Starke Stützpunkte der rechtsextremen Bewegung sind weiterhin Gera, Weimar, Erfurt, Jena, Chemnitz, Plauen, Zwickau und Dresden. Nicht zu vergessen sind die Städte an der polnischen Grenze wie Frankfurt/O, Cottbus oder Guben. Meiner Meinung nach ist aber die organisierte rechte Szene nur die Spitze des Eisberges. Schlimmer ist die Übernahme von faschistoidem Gedankengut der sog. Allgemeinheit. Dem leisten faschistische Strukturen in Staat und Gesellschaft ungeheuren Vorschub. Diese Tendenzen zeigen sich in allgemeiner Ausländer- und Frauenfeindlichkeit, Intoleranz gegenüber Schwulen und einem regelrechten Haß auf alles, was links sein könnte. Die Frage steht nun also im Raum, was dagegen tun? Ich erwähnte bereits Kampf mit allen Mitteln! Was meine ich damit konkret?
Nun Kampf mit "gewaltfreien" Mitteln wie Aufklärung immer und überall, wobei jeder persönlich gefordert ist. So z. B. Vertrieb von antifaschistischen Druckartikeln, Diskussion mit gefährdeten Jugendlichen, Freundschaftstreffen mit Ausländern usw..Gerade das Einwirken auf Jugendliche ist der wichtigste Aspekt der antifaschistischen Agitationsarbeit.
Nun zum zweiten Teil, zur Gewalt. Da Gewalt nun mal Gegengewalt erzeugt und wir nicht nur Christen sind, gibt es meiner Meinung nach auch nur eine Antwort auf Gewalt von rechts. (...) Gewalt ist in einer Klassengesellschaft immer vorhanden (durch den Staat nämlich); die Frage ist, ob es Sinn hat, dem Gewalt entgegenzusetzen. Über diese Frage muß man sich streiten und nicht über Gewalt oder Gewaltfreiheit. Ich meine, wenn Faschisten langsam aber sicher Machtpositionen im Präfaschismus, so nenne ich die bürgerliche Demokratie, übernehmen, dann kommen wir auch ohne Gewalt bald in den Knast. Ich habe selbst die Erfahrung gemacht, daß Staat und Polizei nicht Willens sind, den Faschismus zurückzudrängen und zu beseitigen. Logisch, ist er doch Produkt und Stütze ihres Systems. Daraus schlußfolgernd ist eben der ernstmeinende Antifaschist auch Antiimperialist. Bürgerliche "Antifaschisten" wollen den Kapitalismus nur nicht auf die Spitze treiben, um die Gefahr einer Revolution auszuschließen. Wenn Ihr jetzt denkt "aha wieder so ein chaotischer Terrorist", seid Ihr etwas falsch. Gewalt wenn nötig, also wenn uns die Möglichkeit der Selbstverteidigung genommen werden soll. Solange wir aber noch legal arbeiten "dürfen", sehe ich durchaus noch Chancen für ein relativ gewaltfreies Zurückdrängen der Neofaschisten und der Selbsthilfe gegen das System. Überhaupt sollte man die Gewalt nicht dogmatisieren, wie das leider einige Genossen tun.
Wenn Euch daran liegt, daß auch bei uns die antifaschistische Arbeit intensiviert wird, dann spendet auf das Konto der Autonomen Antifa Gruppe Zeitz e. V. Nr. 672-38-3049 Bankleitzahl 80 053 672.
Und liebe Brüder und Schwestern denkt bitte daran, es gibt viel mehr Verbindendes als Trennendes, insbesondere unter Linken. Ist es denn unmöglich, daß Anarchisten, Kommunisten, Autonome oder Alternative einen Konsens finden, obwohl alle dasselbe Ziel haben? Dieser Konsens muß im Antifaschismus bestehen. Wenn wir also PDS, Autonome Bewegung, Bürgerbewegungen und die ganze restliche linke Szene, nicht bald "Dampf" machen brauchen wir weder Gewalt noch Gewaltfreiheit, sondern nur noch Bestattungsinstitute."

Volkmar Wölk

Zurück zu den Wurzeln: Gesamtdeutsche Burschenherrlichkeit

"Hurra! Bier" So der Jubelschrei, der zugleich der Titel eines Buches ist. Der Titel eines Bandes, der in der Zeitschrift "Acta Studentica", der österreichischen Zeitschrift für Studentengeschichte besprochen wird. Buchtitel und Buchbesprechung passen zu einem verbreiteten Klischee: die Burschenschafter, das sind die, die sich mit "Schlägern" (um den Fachausdruck zu benutzen) blutende Wunden ins Gesicht schlagen, das für einen Ausdruck von Männlichkeit halten und sich ebenso männlich regelmäßig die Rübe mit Gerstensaft vollschütten. Er war Burschenschafter und auch sonst nicht sehr helle, so das Sprichwort.

Wie so viele Klischees hat auch dieses ein wahren Kern. Doch es verharmlost. Es vernachlässigt den selbstgewählten Auftrag der Burschen, für die deutsche Einheit zu kämpfen. Ein Auftrag, der sie immer wieder in Allianzen mit völkischen, antisemitischen und faschistischen Gruppen gebracht hat. Ein Auftrag, der dazu geführt hat, daß viele Burschen inzwischen ihre politische Heimat bei den REP sehen.

Ein Musterbeispiel für den studentischen Kampfeswillen für die deutsche Einheit ist die "Olympia", 1989/90 Vorsitzende Burschenschaft im Dachverband, der "Deutschen Burschenschaft".

"Olympia" ist in Wien ansässig. In der Welt der Burschen ist Österreich Teil Deutschlands. Das völkische Denken läßt die Burschen in den siebziger Jahren wieder gemeinsam kämpfen. Das Wort des Vorsitzenden der rechtsgerichteten FPÖ und Landeshauptmanns (Ministerpräsidenten) von Kärnten, **Jörg Haider**, von der "Mißgeburt österreichische Nation" ist auch ihre Position: Großdeutsch bis in die Knochen. Auf ihre Unterstützung kann der Rechtspopulist Haider, den der ehemalige Bundeskanzler Kreisky einen "konstitutionellen Nazi" nannte, rechnen. Beifall ist Haider auch sicher, wenn er Hitler von rechts kritisiert. Hitler sei kein nationaler Mensch gewesen, meint Haider, denn er habe Südtirol hergeschenkt.

Ein unverzeihlicher Mißgriff auch in burschenschaftlichen Augen. Besonders in denen der Vorsitzenden Burschenschaft Olympia. "Wahr und treu, kühn und frei", so der Wahlspruch der mit inzwischen 130 Jahren ältesten Burschenschaft Österreichs, kämpfte die "Olympia" besonders Ende der 50er und zu Beginn der 60er Jahre für ein deutsches Gesamttirol. In der Wahl der Mittel war man dabei nicht zimperlich. Die korporierten Befreiungskämpfer arbeiteten mit den sogenannten "Bumsern" zusammen, die im Rahmen der Strategie der Spannung versuchten, die Loslösung Südtirols zu erbomben.

Chef der damaligen Aktionen, die zur behördlichen Auflösung der "Olympia" führten, war Dr. **Norbert Burger**, in späteren Jahren Parteivorsitzender der österreichischen Nationaldemokraten. Es ist wohl auch als Übereinstimmung mit den Positionen der Olympen zu werten, daß diese in ihrem Jubiläumsjahr zur Vorsitzenden Burschenschaft gewählt wurden, denn die nationalrevolutionäre Ideologie des Befreiungsnationalismus wird heute von der Mehrheit in der "Deutschen Burschenschaft" geteilt.

Was in Österreich die "Olympia", das ist in der Bundesrepublik, konkret: in München, die "Danubia". Sie kann als rechtsextreme Kaderschmiede für den Hochschulbereich bezeichnet werden. In den siebziger Jahren wurde dort oftmals der Grundstein für eine Parteikarriere in der NPD gelegt. So war der ehemalige Sprecher der "Danubia", **Uwe Sauermann**, auch der spätere Bundesvorsitzende des "Nationaldemokratischen Hochschulbundes" (NHB). Heute ist er Fernsehjournalist im Bayerischen Rundfunk.

Die Zeiten wandelten sich und der Erfolg der NPD schwand dahin. **Michael Vogt**, der damalige Sprecher der "Danuben", verkündete eine neue Taktik. Man sei dazu übergegangen, sich unter dem Namen "Ring Freiheitlicher Studenten" einen eigenen Studentenverband zuzulegen. Heute ist Vogt Pressesprecher des Rüstungskonzerns MBB. Der Ring Freiheitlicher Studenten hat längst mehrheitlich den Weg zu den REP gefunden.

Ein Weg, den auch zahlreiche Danuben gingen. **Karl Richter**, inzwischen von **Schönhuber** aus der Partei gefeuerter Chefredakteur des mit dem "Republikaner" konkurrierenden Blattes "Deutsche Rundschau" und **Neubauer**-Vertrauter, ist diesen Weg gegangen. **Hans-Ulrich Kopp** dagegen hat ihn bereits hinter sich. Der 28jährige, der nach dem Abitur zuerst eine Lehre als Bankkaufmann absolvierte und in der Industrie tätig war bevor er mit dem Studium in München begann, war ebenfalls Sprecher der Danubia. Deren Villa im Münchener Stadtteil Bogenhausen war denn auch der Ort für die Gründung des "Republikanischen Hochschulverbandes" (RHV). Kopp wurde zu einem der drei Vorsitzenden. Mit dem Scheitern der geplanten Intellektualisierung der Partei verlor sie auch einen Teil ihrer Anziehungskraft. Kopp und andere verabschiedeten sich von der Partei, nicht jedoch von ihrem nationalistischen Denken.

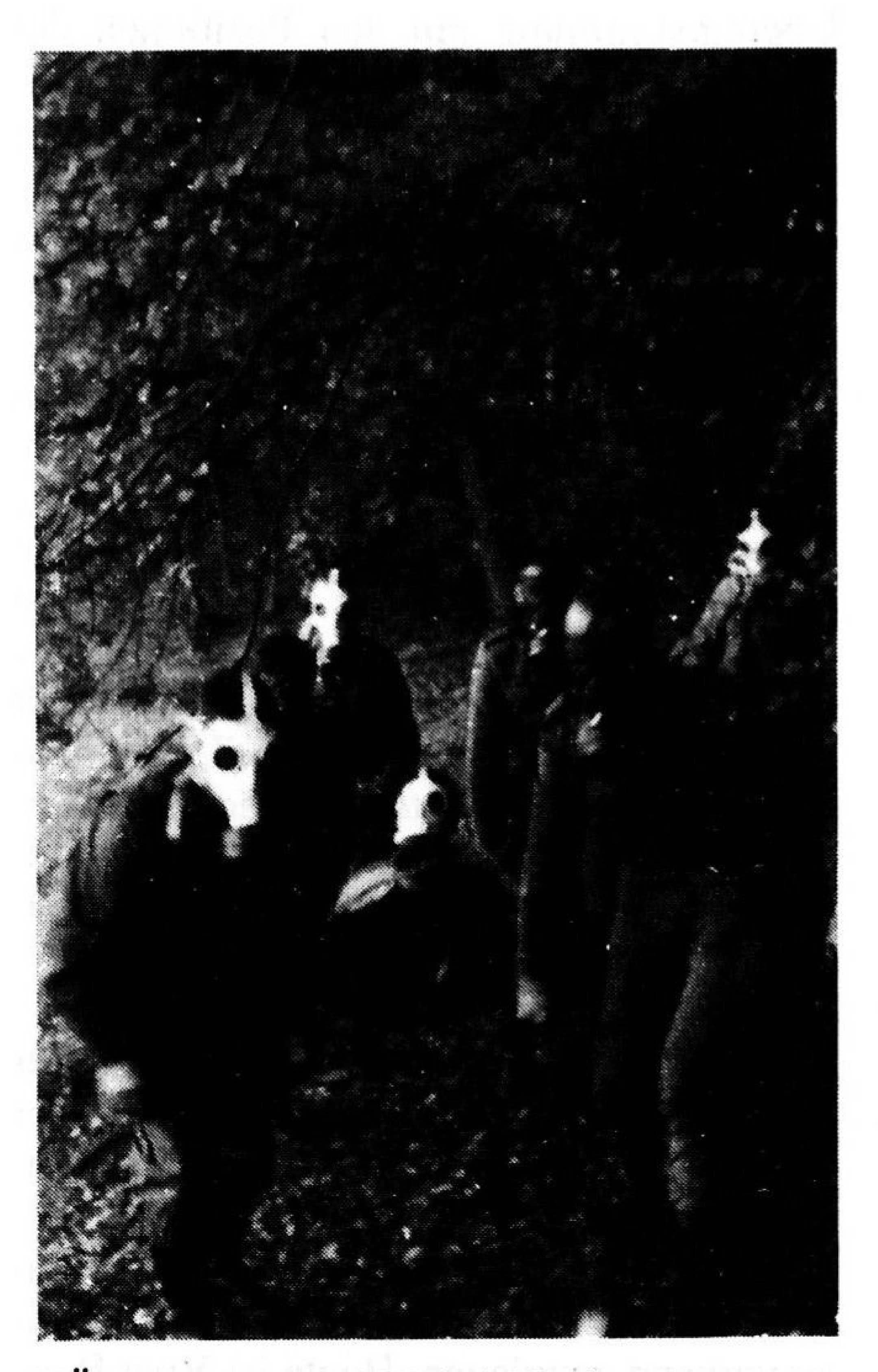
Der Burschenschafter Kopp versucht jetzt publizistisch zu wirken. Sein Organ dafür ist die "Junge Freiheit", eine Zweimonatsschrift, die die Nachfolge der burschenschaftlichen Zeitung "student" an den Hochschulen angetreten hat. Deutlicher als bei "student" ist bei der "Jungen Freiheit" die Anbindung an das rechtsextreme Lager. Gegründet von Funktionären der REP-Abspaltung "Freiheitliche Volkspartei" rückte sie bald in REP-Nähe. Immer mit von der Partie: Korporierte. Dabei war uninteressant, ob es sich um Mitglieder der Marburger Burschenschaft Germania oder um den ehemaligen Pressesprecher des "Coburger Convents", den Berliner **Thorsten Witt**, handelte. Kopp ist auch Redakteur eines Schwesterblattes, der "Leipziger Freiheit". Und, weil er ja beweisen muß, daß er zur geistigen Elite gehört, schreibt er neuerdings auch im führenden bundesdeutschen Organ der Braunzone, Criticón.

Dort (Nr. 120) philosophiert er über "Das neue Deutschland und die Burschenschaft". Da seine Gedanken als repräsentativ gelten können, sollen sie hier kurz vorgestellt werden. Kopp warnt davor, sich damit zu begnügen, daß "in Jena und Halle, Leipzig und Rostock... wieder Kneipen geschlagen" werden. Die Deutsche Burschenschaft habe ihren Auftrag noch nicht erfüllt, denn noch sei Deutschland nicht vereint. Drei Gründe nennt er, "das Burschenband nicht abzulegen".

Kopp hat Angst. Angst vor den ewig Gestrigen, die schon wieder Parolen verbreiten, "die geradewegs in das Vernichtungslager Sachsenhausen geführt haben". Zu früh gefreut. Mit denen, die "das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen", "die aus der leidvollen Vergangenheit nicht gelernt haben", sind nicht diejenigen gemeint, die schon wieder "Deutschland erwache" grölen, sondern diejenigen, die noch Reste marxistischen Denkens zu bewahren suchen. So macht auch seine Wortwahl Sinn. Das KZ Sachsenhausen war kein Vernichtungslager. Kopp bezeichnet es trotzdem so, denn er bezieht sich auf die Zeit nach 1945, als dort NSDAP-Schergen, aber auch so mancher Unschuldige interniert waren. Die Linken waren es, die vernichtet haben, ist seine Botschaft.
Zum Zweiten gelte es gegen die Weltmeinung anzustehen, denn die, so O-Ton Kopp, "erhob ihr Haupt, und sie glich erschreckend jener Grimasse, die sich schon 1914 zeigte." Interpretiere ich Kopp recht, so war am I. Weltkrieg die gegen Deutschland gerichtete Weltmeinung schuld. Kopp aber ist als Wissenschaftler der Freiheit der Wissenschaft verpflichtet und lobt deshalb im nächsten Absatz den britischen Pseudohistoriker **David Irving**, der es unternommen habe - für Kopp der dritte Grund, Bursche zu sein -, gegen die "drückende Last ideologischer Vorgaben und einseitiger Vergangenheitsbewältigung" in der Zeitgeschichte vorzugehen.
"Eine Burschenschaft verschreibt sich nicht den Forderungen der Tagespolitik" betont Kopp. Es hindert sie jedoch offensichtlich nichts daran, sich den Positionen des Geschichtsrevisionismus zu verschreiben. Diese von Kopp exemplarisch vorgeführte enge inhaltliche Verknüpfung der Burschenschaften mit dem rechtsextremen Gedankengut spiegelt sich sowohl in den Organisationen, mit den zusammengearbeitet wird, als auch in der Thematik der Wochenendseminare und den dort anwesenden Referenten.
Neben einzelnen Alibi-Linken, die sich immer wieder als demokratisches Aushängeschild mißbrauchen lassen, so z.B. der hannoversche Dozent Manfred Lauermann, sind es vor allem bekannte Neofaschisten, die das Gehör der Burschen finden.
Finden die Burschenschaften zurück zum nationalrevolutionären Erbe? So fragt der Danube **Frank Butschbacher** in der "Jungen Freiheit" und schildert, daß die nationalneutralistische Fraktion in der Deutschen Burschenschaft, nach dem Erlanger Geschichtsrevisionisten und Mitverfasser des neuen REP-Programms, Hellmut Diwald, "Diwaldianer" benannt, inzwischen im Verband die Mehrheit haben. Die frühere enge Anbindung an die Unionsparteien ist über Bord geworfen. **Günther Kießling** ("Neutralität ist kein Verrat"), der ehemalige stellvertretende NATO-Kommandeur und heutige Medienstar in allen neofaschistischen Postillen ist es jetzt, der ihre Zustimmung findet. Der Kopf der bundesdeutschen "Neuen" Rechten, der in Kassel ansässige Leiter des Thule-Seminars **Pierre Krebs**, ist es, der die Burschen ideologisch auf Vordermann bringen soll. Geeignet erscheint auch der Hamburger Privatdozent Dr. **Reinhold Oberlercher**, der Österreich als den "einzigen unbesetzten Reichsteil" bezeichnet. Allein mit den Namen der rechtsextremen und neofaschistischen Referenten ließen sich mühelos viele Seiten dieser Ausgabe des Rechten Randes füllen.
Dort, wo Nationalismus das Hauptthema ist, da darf ein anderer Studentenverband nicht fehlen: der Gesamtdeutsche Studentenverband (GDS). Diese dem Bund der Vertriebenen korporativ angeschlossene Gruppe hat traditionell neofaschistische Bezüge. Lange Jahre war der Göttinger NPD-Funktionär **Hans-Michael Fiedler** Hauptrepräsentant ihres neofaschistischen Flügels, der zeitweise die Verbandsmehrheit hatte. Heute wirkt der schon 48jährige noch als "Studienleiter" des Studentenbundes Schlesien und wurde dort gerade für weitere 5 Jahre in seinem Amt bestätigt. Zwar hat er seine Dissertation, begonnen vor ca. 20 Jahren, noch immer nicht beendet, doch scheint er unentbehrlich. Der GDS, bis vor kurzen gefördert durch die Bundesregierung, ist es auch, der bei den gemeinsamen Seminaren mit Burschenschaften wie der Brünner Burschenschaft Libertas zu Aachen und den Marburger Germanen Referenten wie den Briten **Michael Walker** einbringt. Walker hatte vor seinem Umzug in die BRD nach Köln den italienischen Terroristen Roberto Fiore in seiner Wohnung beherbergt.
Die Burschen haben Zulauf. Zulauf auch auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. In Jena und Halle, in Leipzig und Rostock, an den Gründungsstätten studentischer Korporationen wie der Wartburg und in Kösen werden sie sich wieder treffen und schlagen. Korporationen schießen in der ehemaligen DDR aus dem Boden wie Pilze. Wie Fliegenpilze: schön bunt - und doch giftig. Auch darin nähert sich die Ex-DDR der bundesdeutschen "Normalität".

Mit Tabletten zum Wehrsport

Schlagzeilen machte der Bergener Arzt **Uwe Jürgens** in der Vergangenheit als Chef der Wehrsportgruppe "Nothilfetechnische Übungs-und Bereitschaftsstaffel" (NÜB), die enge Kontakte zur Wiking-Jugend und zu dem Nazi-Zentrum Hetendorf 13 pflegte. Wegen seiner Machenschaften als Mediziner geriet er durch Recherchen des Journalisten Wolfgang Becker erneut in das Licht der Öffentlichkeit.
Am 13. Oktober meldete die "Cellesche Zeitung", daß die Staatsanwaltschaft in Celle Ermittlungen gegen den Arzt Uwe Jürgens aufgenommen habe, die Ärztekammer Niedersachsen gegen ihn ermittele und die Lüneburger Bezirksregierung den Entzug der Approbation prüfe. Grundlagen für diese Aktivitäten lieferte der Journalist Wolfgang Becker mit einer Sendung des Fernseh-Magazins "extra 3". Er deckte auf, daß Jürgens, der in Bergen eine Artzpraxis betreibt, Mitglieder seiner NÜB mit großen Mengen Psychopharmaka und Ersatzdrogen versorgt hatte. Das ehemalige NÜB-Mitglied Helmut Rust sagte vor laufender Kamera aus: "Er hat mich mit Tabletten reingezogen, in seinen Verein. Was ich brauchte an Tabletten - egal



NÜB -Training 1987 bei Marburg

was - habe ich bekommen von ihm." Auch Sven Bade bestätigte, daß er als 14jähriger von Jürgens mit Tabletten versorgt wurde: "Wenn ich hinkam zu ihm und sagte, ich brauche was, habe ich das gekriegt".
Der Wehrsportgruppen-Chef nutzte seinen Zugang zu Medikamenten aber auch für andere Zwecke. Besonders blonde junge Frauen interessierten ihn. Für Psychopharmaka und Ersatzdrogen wollte er Gegenleistungen sehen. "Wenn ich nicht tat, was er von mir verlangte, bestrafte er mich mit Tablettenentzug", schildert eine seiner ehemaligen "Patientinnen", die aus Angst ihren Namen nicht nennen will. Eine andere, Gaby G., hatte von Jürgens ein Präparat ausgehändigt bekommen, das in höherer Dosierung starke Entzugserscheinungen auslöst.
Auf die Frage, was er von den Behandlungsmethoden des Arztes Uwe Jürgens halte, antwortete der Direktor des Lüneburger Landeskrankenhauses, Dr. Jürgen Lotze: "Wenn die Behandlung von Jürgens so ist, wie ich vorher gerüchteweise und jetzt konkret durch die Interviews gehört habe, dann sind diese Behandlungsmethoden ärztlich, ethisch und medizinisch völlig unhaltbar."

Jörg Daniels

Geburtstagsfeier auf Staatskosten



Weit mehr als 100.000 Mark jährlich hat die Landsmannschaft Schlesien bis vor kurzem aus den Kassen des Landes Niedersachsen erhalten. Daß die Mittel zweckgebunden waren, interessierte die Vetriebenen-Funktionäre wenig: Sie bezahlten sogar eine pompöse Geburtstagsfeier für "Ober"-Schlesier **Herbert Hupka** (CDU) aus einem Topf, der mit Steuermitteln bezuschußt wurde. Dies deckte der Niedersächsische Landesrechungshof (LRH) in einem internen Prüfbericht auf, der dem RECHTEN RAND vorliegt.
Alle zwei Jahre kam die Landsmannschaft bisher zur ihren "Deutschlandtreffen" in Hannover zusammen. Daß sie sich in Niedersachsen besonders wohl fühlten, lag nicht nur an der Patenschaft, die das Land seit Jahrzehnten mit der Vertriebenenorganisation pflegt. Auch finanziell zeigte sich der frühere Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) den unermüdlichen Vaterlandsverteidigern eng verbunden, die auch nach dem Vollzug der Einheit unbeirrt für eine Rückgewinnung der "fremdbestimmten Ostgebiete" hinter der Oder-Neiße-Grenze streiten.
Allein in den Jahren 1985 bis 1987, auf die sich der LRH-Bericht bezieht, erhielten die Schlesier Landesmittel in Höhe von insgesamt 730.000 Mark, um davon die "Deutschlandtreffen" und den Betrieb ihrer Bundesgeschäftsstelle in Königswinter zu bezahlen. Erst vor kurzem hörte die so ertragreiche Geldquelle plötzlich auf zu sprudeln - die neue rot-grüne Landesregierung strich der Landsmannschaft ab 1991 sämtliche Zuschüsse.
Nach Bekanntwerden des LRH-Berichtes könnte es nun sogar sein, daß die Vertriebenenorganisation einen Teil der unter Albrecht gewährten Gelder zurückzahlen muß. An Beanstandungen mangelt es in dem Papier jedenfalls nicht. Mehr als 4.000 Mark hatte allein der Geburtstagsempfang zum 70sten von Schlesier-Chef Hupka gekostet, die die Landsmannschaft einfach vom Konto 480 - "Sonstige Verwaltungskosten" - bezahlte. Die Vertriebenenorganisation sei damit nicht nur von ihrem gegenüber der Landesregierung als verbindlich erklärten Wirtschaftsplan abgewichen, sondern habe auch gegen das "Gebot zum sparsamen Haushalten" verstoßen, urteilten die Hildesheimer Rechnungsprüfer.

Neben Hupka wird in dem Bericht auch der Bundesgeschäftsführer der Landsmannschaft, **Bernhard Schäfer**, persönlich erwähnt. Seine Bezahlung entsprechend der Beamtenvergütungsgruppe BAT III hatte selbst die alte Landesregierung für überzogen gehalten - was sie allerdings nicht hinderte, das Gehalt Schäfers anstandslos weiter zu bezuschussen, nachdem die Landsmannschaft eine Herabstufung verweigert hatte.
Außerdem bemängelte der Rechnungshof:
* Vielfach sei nicht mehr nachprüfbar, wofür staatliche Zuschüsse ausgegeben wurden. Finanzierungspläne seien "nicht mit der gebotenen Sorgfalt aufgestellt" worden; Ausgaben des laufenden Geschäftsbetriebes wie die Beschaffung von Büromaterial, Werbe- und Druckkosten, die bereits 1984 und 1986 angefallen waren, tauchten bei der Abrechnung für die vom Land geförderten Deutschlandtreffen 1985 und 1987 auf.
* Dubios auch die Reisekostenabrechnungen des geschäftsführenden Vorstandes: Zwischen 1985 und 1987 habe sich die Organisation Reiseaufwendungen von 10.813 DM aus staatlichen Zuwendungen für die Deutschlandtreffen bezuschussen lassen, obwohl es auf den betreffenden Vorstandssitzungen gar nicht oder nur am Rande um die Vorbereitung der Großveranstaltungen gegangen sei.

* Mehreinnahmen, die möglicherweise zu einer Kürzung der Zuschüsse geführt hätten, zeigten die Schlesier ihren Gönnern dagegen erst Jahre später an oder verbuchten sie unter anders bezeichneten Haushaltsposten. Zwei Spenden von 5.000 beziehungsweise 6.000 Mark, die ausdrücklich für das Deutschlandtreffen 1987 bestimmt waren, seien ebenso zugunsten des laufenden Geschäftsbetriebes verbucht worden, wie im Zusammenhang mit den Treffen erstattete Vorsteuerbeträge von mehr als 55.000 DM.
* In anderen Fällen habe die Organisation ganz auf mögliche Einnahmen verzichtet: "Kooperative Mitglieder", wie der Verein "Haus Schlesien" oder die "Schlesische Jugend" bekamen eigentlich kostenpflichtige Inserate in den Programmheften der Vertriebenen-Treffen umsonst, selbständige Heimatgruppen und Verbände durften von der Landsmannschaft für über 27.000 DM angemietete Veranstaltungsräume zum Nulltarif nutzen.
Ob die niedersächsische Landesregierung nun tatsächlich einen Teil der Gelder zurückfordern wird, stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest. Eine Stellungnahme der Landsmannschaft sei zwar pünktlich eingegangen, doch noch nicht abschließend geprüft worden, hieß es aus dem zuständigen Ministerium für Bundesangelegenheiten in Hannover.

Polacek

Karl Polacek, 56, FAP-Funktionär aus Makkenrode bei Göttingen protzt vollmundig mit einer angeblichen "Volksfeinde"-Datei der FAP. Computermäßig erfaßt lagere eine umfangreiche Datensammlung über Antifaschisten , Autonome, Ausländer usw. (O-Ton: "alle Informationen über die betreffenden Personen, sowie Fingerabdrücke und Lichtbilder ...") in einem einsamen norwegischen Bauernhaus - wartend auf Godot - Entschuldigung, natürlich "den Tag der Abrechnung".
Nicht mithalten können Polacek und seine Mannen hingegen in Sachen Strafverfolgung - die Staatsanwaltschaft Göttingen erhob Ende Oktober Anklage gegen ihn wegen gefährlicher Körperverletzung: Der einschlägig vorbestrafte Polacek hatte im Juli mit einer Axt auf eine Antifaschistin eingeschlagen und sie dabei am Kopf verletzt. (siehe auch Der Rechte Rand, September 1990)

REVANCHISTEN

Feier zur "deutschen Einheit" - NS-Opfer unerwünscht!

"Der Gästekreis muß begrenzt werden auf die mit der Vereinigung befaßten Politiker, die Repräsentanten der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gruppierungen, das diplomatische Korps und Berliner Bürger, die sich zum Wohl ihrer Mitbürger ehrenhalber eingesetzt haben. (...) Die Platzkapazität ist nicht so reichlich, (so) daß die von Ihnen zusätzlich angeforderten Kartenwünsche leider nicht mehr erfüllt werden können."
(Absage des Bundesminister des Inneren vom 25. September 1990 auf die Bitte, Opfer des NS-Unrechts als Gäste zum Staatsakt nach Berlin einzuladen.)

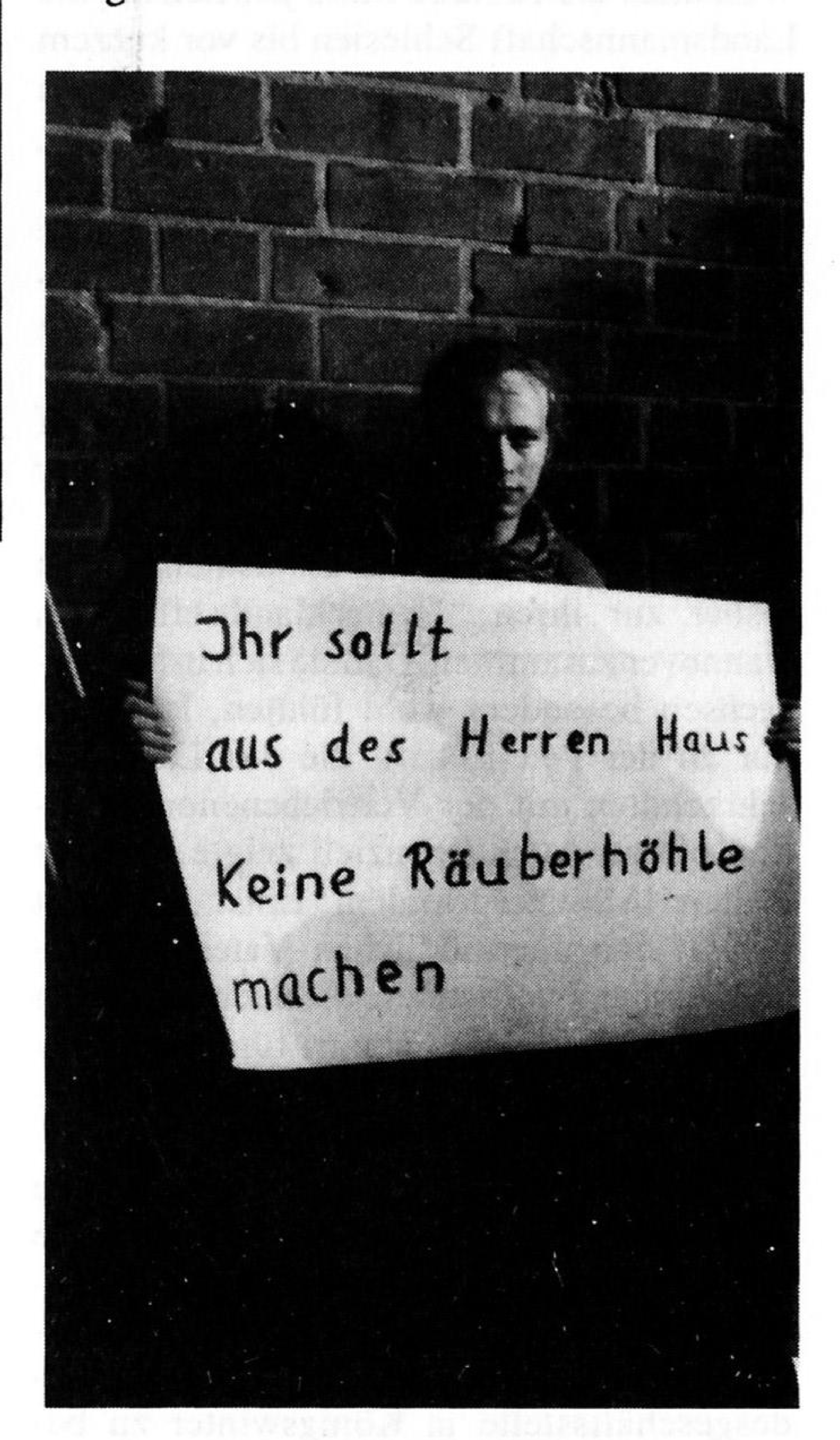
Bilder: DemonstrantInnen am 3. Oktober vor der Ost-Berliner Marien-Kirche, aus der "als besonderes Zeichen der Festlichkeiten zur Einheit Deutschlands" eine Messe vom Fernsehen direkt übertragen wurde (unter großer, publikumswirksamer Beteiligung gesamtdeutscher "Politik-Prominenz", wie es sich bei einem solchen Anlaß gehört - versteht sich).



Frühere KZ-Häftlinge besorgt

Ehemalige Häftlinge des Konzentrationslagers Mauthausen in Oberösterreich haben Unbehagen über die deutsche Vereinigung geäußert. der Präsident des Internationalen Mauthausen-Komitees, Josef Hammelmann aus Luxemburg, beklagte am 24. Oktober 1990 in Linz, daß bisher dem Wunsch der Nazi-Opfer nicht Rechnung getragen worden sei, in das deutsche Grundgesetz eine ausdrückliche Distanzierung von der nationalsozialistischen Vergangenheit aufzunehmen. Er äußerte sich besorgt darüber, daß Deutschland möglicherweise nicht nur wirtschaftliche, sondern auch militärische Großmacht in Europa sein wolle. "Wir haben Angst, weil wir wissen, wohin so etwas führt", sagte Hammelmann. Die ehemaligen KZ-Häftlinge bezeichneten die Vereinigung "nicht als Wiedervereinigung, sondern als Einverleibung der DDR durch die Bundesrepublik". Dem Mauthausen-Komitee gehören ehemalige KZ-Häftlinge und deren Angehörige aus 16 Ländern an. Ziel der Vereinigung ist der Kampf gegen Neonazismus und Faschismus sowie das Wachhalten der Erinnerung an die Greuel des Dritten Reiches.



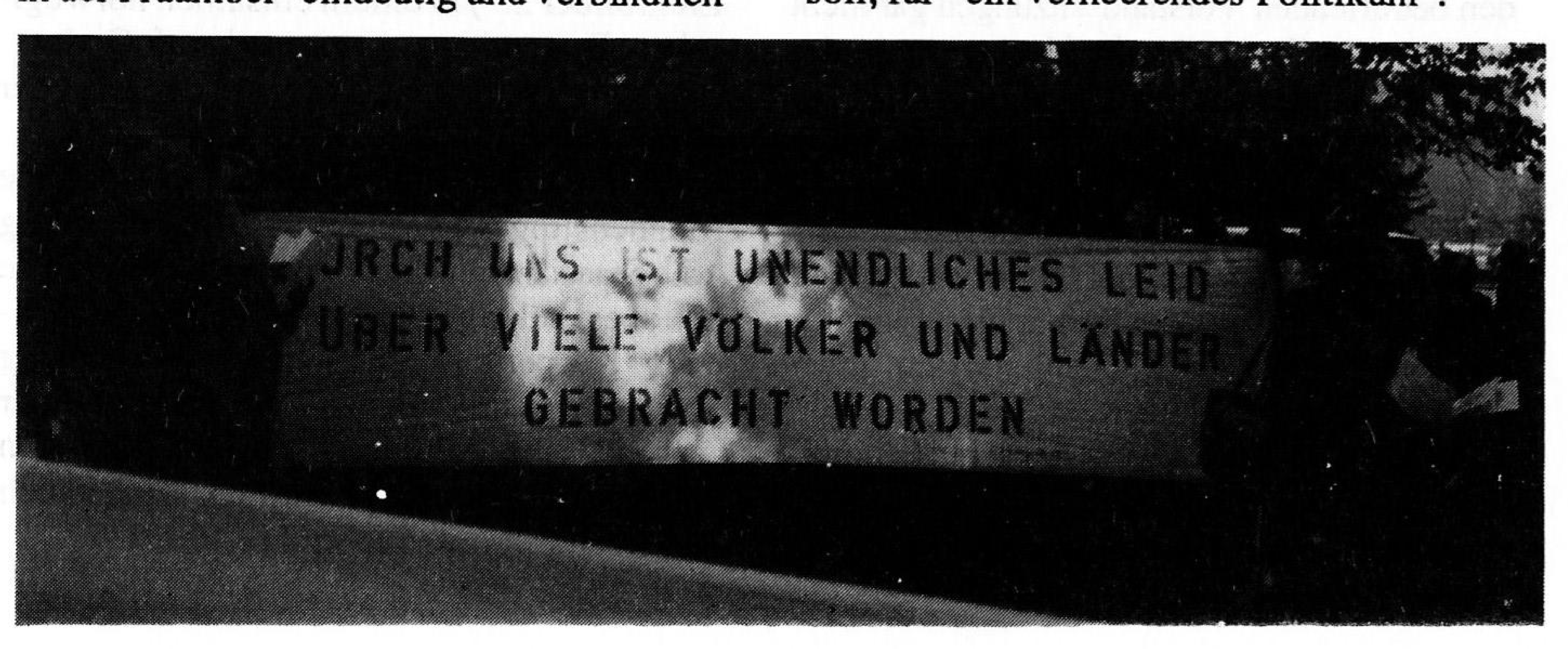


Zentralrat protestiert

In scharfer Form hat am 28.August 1990 Heinz Galinski im Namen des Zentralrats der Juden in Deutschland und mit "ausdrücklicher Unterstützung des Jüdischen Weltkongresses" die von der Bundesregierung ausgearbeitete Präambel zum Einigungsvertrag mit der DDR kritisiert. "Die Präambel ist nicht nur eine Mißachtung der jüdischen Menschen in aller Welt, sondern eine Mißachtung aller Opfer des Faschismus", sagte Galinski. Kern der Auseinandersetzung ist, daß entgegen wohlwollender Absichtserklärungen von Bundeskanzler Kohl und Innenminister Schäuble vom 18. Juli der Textentwurf und ein Memorandum des Zentralrats bei der Abfassung in keiner Weise berücksichtigt wurden, die Initiative der Jüdischen Gemeinden bisher nicht einmal einer Antwort würdig war. Der Zentralrat möchte, daß in der Präambel "eindeutig und verbindlich" erklärt wird, "daß die Gründung des neuen deutschen Staates im vollen Bewußtsein der Kontinuität der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts geschieht". Es müßte daher, heißt es in einem Schreiben an Kohl, "aus diesem Grundsatztext hervorgehen, daß die deutsche Teilung eine logische Folge der nationalsozialistischen Katastrophe war und daß im Rahmen der Vereinigung der Hypothek Rechnung getragen werden soll, mit der die deutsche Geschichte belastet wurde". Der Zentralrat möchte deshalb den eindeutigen Hinweis auf die "Einmaligkeit der begangenen Gewalttaten zwischen 1933 bis 1945 sowie auf die Verpflichtung Gesamtdeutschlands für die Opfer des Nationalsozialismus" in der Präambel fixiert haben. Im Einigungsvertrag aber wird mit keinem Wort auf die Zeit des Nationalsozialismus eingegangen. Heinz Galinski hält diese Tatsache, zumal sie der Beginn eines Neuanfangs sein soll, für "ein verheerendes Politikum".

Nachdenkliches zur deutschen "Einheit"

"Daß auf eine Revolution eine Gegenbewegung folgt, ist, wie die Geschichte lehrt, nicht absonderlich, sondern normal. Aber, daß der Revolution gleichsam von ihrem ersten Tage an die Gegenrevolution auf den Fersen ist, das ist ein Vorgang von typischer Deutschheit und deshalb einzig dastehend."
(Carl von Ossietzky - 1889-1938 - Pazifist und Antifaschist, dessen 101. Geburtstag am 3. Oktober 1990 gedenken konnte, wer es denn wollte.)



Tod einer Antifaschistin folgenlos?

Vor einem Jahr, am 17. November 1989, starb in Göttingen die Antifaschistin Conny Wessmann. Die 24jährige Studentin starb im Verlauf eines Polizeieinsatzes gegen eine Gruppe AntifaschistInnen. Ihr Tod hatte Proteste quer durch die Bundesrepublik zur Folge. Allein in Göttingen demonstrierten mehr als 15.000 Menschen gegen die Polizei. Insbesondere gegen die Zivilstreifenkommandos (ZSK), die sich in Göttingen seit Jahren durch eine klare Feindbildbestimmung gegen links auszeichnen, gegenüber gewalttätigen Nazi-Skins aber auffallend zurückhalten. Fast ein Jahr hat die Staatsanwaltschaft wegen des Todes von Conny Wessmann ermittelt - folgenlos. Das Verfahren wurde jetzt eingestellt. Mit einer Beschwerde soll versucht werden, doch noch einen Gerichtsprozeß zu erzwingen, um die Verantwortlichkeiten für den Tod der jungen Frau offenzulegen.

"... wenn wir genug Leute sind, sollten wir die plattmachen", so lautete einer der Funksprüche der Polizei, die die AntifaschistInnen, die wegen prügelnder Skins über eine Telefonkette alarmiert worden waren, quer durch die Göttinger Innenstadt verfolgte.

Im Rechten Rand Nr. 4/Dezember 1989 berichteten wir: "... Die Gruppe wird von hinten mit drei Fahrzeugen verfolgt. Auf der Weender Landstraße warten zwei Funkstreifenwagen, ein weiterer Polizeiwagen trifft ein. Mit dem Schlagstock in der Hand tritt der Dienstabteilungsführer des 1. Reviers auf die so umstellte Gruppe von vorne zu und spricht sie an. Nach den Aussagen von Beteiligten treten weitere Beamte aus ihren Wagen und nähern sich - den Knüppel in der Hand - der Gruppe. In dieser Situation ergreifen die ersten fünf bis sechs aus der Gruppe - darunter Conny Wessmann - die einzige Chance, der als absolut bedrohlich empfundenen Situation zu entkommen. Sie rennen aus der Stichstraße an den Streifenwagen vorbei über die vierspurige Weender Landstraße. Auf der - von der Polizei nicht gesperrten - Überholspur wird Conny von einem Renault erfaßt, durch die Luft geschleudert und bleibt tot auf der rechten Fahrspur liegen ... Als sich die über die Straße Geflüchteten umwenden und auf die am Boden liegende Conny zugehen, ist dort schon ein Beamter mit einem Hund. Dieser hält sie unter Verwendung der "Chemischen Keule" zurück..."

Gegen die Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft haben sich Göttinger AntifaschistInnen in einem Flugblatt gewandt. Wir dokumentieren es leicht gekürzt:

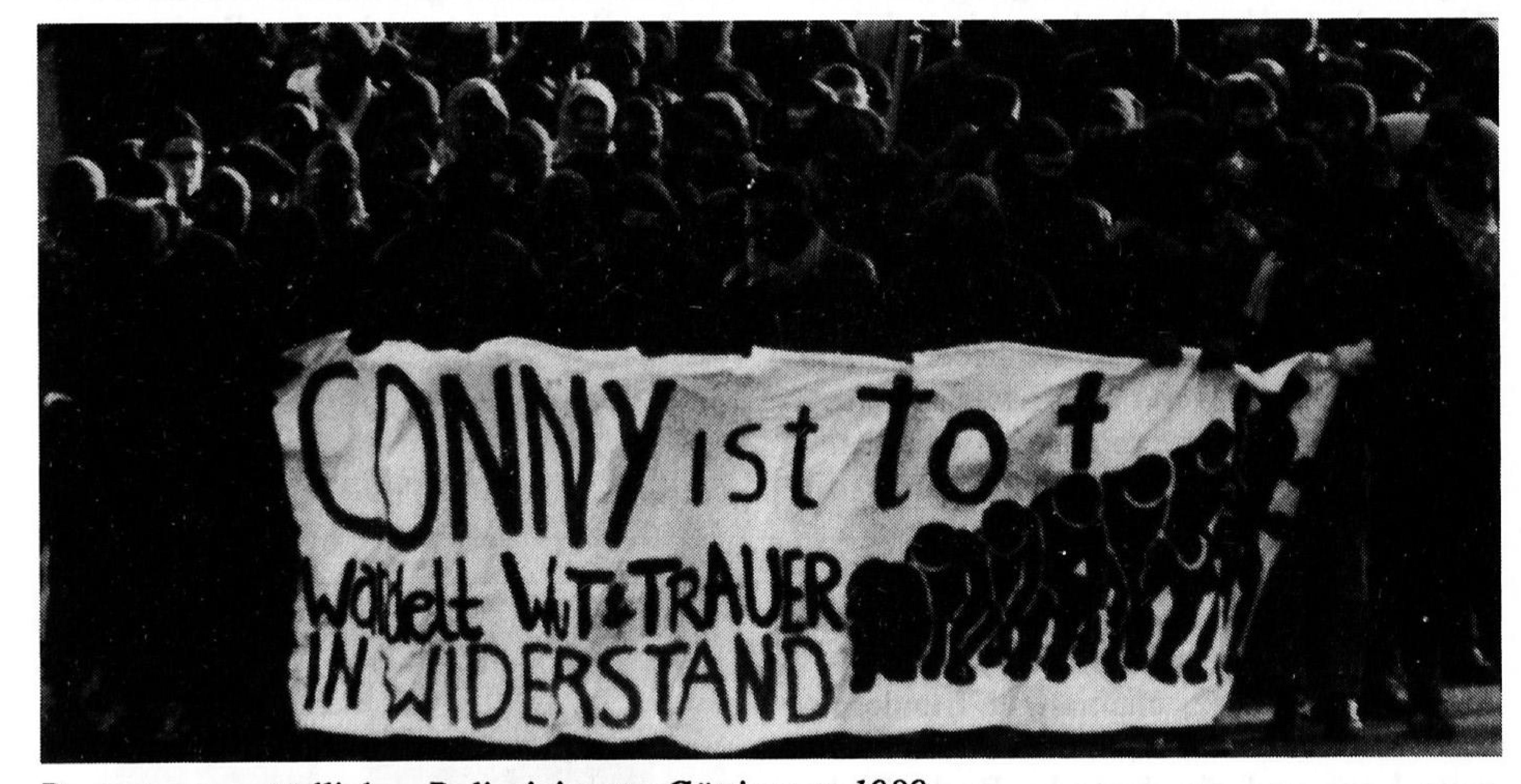
"... Die Ermittlungen wurden von Staatsanwalt Heimgärtner übernommen, und richteten sich wegen des Vorwurfs der fahrlässigen Tötung gegen den Autofahrer, dessen Auto Conny erfaßt hatte, und beteiligte Polizeibeamte. Erst vier Wochen nach dem 17.11. wurden die ersten, im Februar '90 die letzten der beteiligten Polizeizeugen vernommen. Es bestand also genügend Zeit zur Abstimmung der Aussagen. Im Juni '90 wurde eine 500 Seiten starke Akte geschlossen, mit dem Ergebnis, daß kein Verfahren eröffnet wird, den Fahrer träfe keine Schuld, die beteiligten Polizeibeamten hätten sich rechtmäßig verhalten.

Begründet wird die Einstellung des Ermittlungsverfahrens folgendermaßen: Bei der Gruppe von AntifaschistInnen, die in der Stichstraße zwischen Maschmühlenweg und Weender Landstr. "einer Personalienfeststellung" unterzogen werden sollte, habe es sich vermutlich um dieselbe Gruppe gehandelt, die vorher an einer Auseinandersetzung mit Nazi-Skins in der Burgstr. beteiligt gewesen sein sollte. Um mögliche Zeugen bzw. Beteiligte festzustellen, sei die beabsichtigte Personalienfeststellung und damit der gesamte Polizeieinsatz rechtmäßig gewesen. Außerdem sei die Gruppe teilweise vermummt und mit Knüppeln bewaffnet gewesen, somit erkläre sich, daß fast alle beteiligten Polizisten zur Eigensicherung den Schlagstock gezogen hätten.

Die Panik, die Conny veranlaßt haben mag, auf die Straße zu laufen, sei auf das Mithören des Funkspruches, daß die Gruppe jetzt "platt gemacht" werden solle, zurückzuführen. Mit aus der Gruppe habe den Polizeifunk mitgehört und sie sei deshalb in Panik geraten, ist völlig unrealistisch. Wie der Augenzeugenbericht erklärt, ist sie vor den mit gezogenen Schlagstöcken auf sie zustürmenden Bullen in den laufenden Verkehr geflüchtet. Somit wurden die Schlagstöcke an dieser Stelle auch nicht zur Eigensicherung gezogen, sondern um einzelne aus der Gruppe gezielt anzugreifen.

Denn, und damit kommen wir zum letzten Punkt der Begründung, "platt machen" heißt im schlimmsten Fall eben genau das, was Conny widerfahren ist. E ist kein flapsiger Spruch und auch kein polizeiinterner Ausdruck für die Personalienfeststellung. (Dieser Ausdruck wurde übrigens während der Geiselnahme in Gladbeck gebraucht, bei der das Auto der Geiselnehmer mit Schußwaffen gestürmt wurde.)

Für den Autofahrer war die Situation allerdings unvorhersehbar, denn woher hätte er wissen sollen, daß an dieser Stelle ein Polizeieinsatz erfolgte? Dieser war ja, obwohl er an einer dunklen Straße stattfand, in keiner



Protest gegen tödlichen Polizeieinsatz, Göttingren 1989

"platt machen" sei aber nicht platt machen gemeint, sondern dies sei ein polizeiinterner Ausdruck, der soviel heißt wie: Die Personalien sollten festgestellt werden. Den Fahrer träfe keine Schuld, da Conny für ihn "unvorhersehbar" (Zitat aus der Presseerklärung Heimgärtners vom 12.6.90) aus dem Verbindungsweg gelaufen sei.

... die Begründungen der Staatsanwaltschaft, das Verfahren nicht zu eröffnen, sind in keinem Punkt stichhaltig oder einsehbar: Wie aus dem Augenzeugenbericht zum 17.11. hervorgeht, handelte es sich auf keinen Fall um dieselbe Gruppe, die vorher in der Burgstr. an einer Auseinandersetzung mit Nazi-Skins beteiligt gewesen sein soll. Es waren auch lediglich Vermutungen der Polizei, die keinen Beweis für die Identität der beiden Gruppen anbringen kann, da es eine Lücke in der Beobachtung zwischen dem Vorfall in der Burgstr. und dem Erscheinen der 2. Gruppe in der Fußgängerzone gibt. Von daher ergab sich also kein zwingender Grund für die angeblich beabsichtigte Personalienfeststellung.

Die Annahme, Conny oder jemand anderes

Weise kenntlich gemacht - nicht einmal das Blaulicht der Einsatzwagen war eingeschaltet.

Der Tod von Conny ist also kein tragischer Unfall als Folge eines rechtmäßigen Polizeieinsatzes, sondern Folge der Einsatzmentalität und -taktik der Göttinger Polizei, besonders des ZSK. (...) Die Einstellung des Verfahrens entspricht allen anderen Vertuschungsversuchen von Polizei und Justiz, die nach dem 17.1. unternommen wurden. Es soll eben nicht restlos geklärt werden, was warum am 17.11. geschah.

Gegen die Einstellung des Ermittlungsverfahrens ist jetzt Beschwerde eingelegt worden, mit dem Ziel, eine Eröffnung des Verfahrens zu erzwingen. Ob dies gelingt, hängt u.a. von dem öffentlichen Interesse ab, das sich für die Eröffnung des Prozesses ausspricht. (...)

Da das Ganze auch viel Geld kostet, benötigen wir Spenden für Anwaltskosten, Gerichtskosten etc. Spenden bitte auf folgendes Konto: "Prozeßkonto Conny", Kt.-Nr. 2 416 90 501, BLZ 260 900 50, Volksbank Göttingen.

Rechte Sammlung?

Mit dem Scheitern der REP und verschiedener anderer neofaschistischer Parteien bei den vergangenen Landtagswahlen beginnen sich die Stimmen zu mehren, die eine Vereinigung des "nationalen Lagers" einfordern.

Die "Eigenbrötelei und Zersplitterung" müsse aufhören, fordert der von den REP ausgeschlossene Münchner Stadtrat **Peter Rekknagel**. Er möchte alle gutwilligen "deutschen Patrioten" an einen Tisch bringen. In der aus dem "Republikaner" hervorgegangenen Monatszeitung "Deutsche Rundschau" (Geschäftsführer **H. Neubauer** und **F. Glasauer**) gibt er die Stichworte für die zu vereinigende Rechten: "Überfremdung", "Asylantenströme", Drogenflut und Kriminalitätsexplosion", Wohnungsnot und Sozialabstieg für Einheimische(!)", Bauernsterben, Mittelstandsruin, Wirtschaftsmonopole" und "deutsche Zahlungen in Billionenhöhe an die ganze Welt".

Hatte in den letzten Monaten der mittlerweile geschaßte Schönhuber-Zögling und EG-Abgeordnete Harald Neubauer bei alpinen Klettertouren noch allein über die Neugründung einer Partei sinniert, scheint das Projekt inzwischen konkretere Formen angenommen zu haben. "Derzeit laufen Gespräche führender Repräsentanten unseres Gesinnungsbereichs, darunter namhafte Abgeordnete und Funktionsträger. Schon Anfang 1991 soll die neue Kraft auf breiter Front ins Leben gerufen werden", kündigt Recknagel an. Wenn auch die avisierten Tausende von Interessenten reichlich übertrieben sein dürften, die REP-EG-Abgeordneten - außer **Franz Schönhuber** - hätte sicher Interesse und auch die finanziellen Möglichkeiten zur Unterstützung einer neuen neofaschistischen Sammlungspartei.

Daß die Ankündigung Recknagels nicht nur auf frustrierte Ex-Republikaner zurückzuführen ist, macht eines der ältesten und einflußreichsten Organe des Neofaschismus "Nation und Europa" von **Peter Dehoust** deutlich. In realistischer Einschätzung der gegenwärtigen Situation heißt es dort: "Allgemein wird damit gerechnet, daß spätestens nach der Bundestagswahl und dem zu erwartenden Katzenjammer bei den Rechten eine neue Partei ins Leben gerufen werden wird, die auf breiter Grundlage die politische Rechte zu einen versucht." Ähnliche Bestrebungen - so Nation und Europa - seinen parteiübergreifend und bundesweit festzustellen.
In die gleiche Richtung zielt auch die "Initiative Deutschland `90", die gleich drei Zeitungen aus der neofaschistischen Szene ins Leben gerufen haben: "Junge Freiheit", "Wir selbst" und "Europa". Unter der Parole "Wir müssen gemeinsam handeln!" wird zu einem Initiativ-Kongreß am 3. November im Großraum Bonn-Koblenz aufgerufen. Angestrebt wird - angesichts einer ins Wanken geratenen Parteien- und Presselandschaft - eine "Vernetzung der nonkonformen, patriotischen Kräfte Deutschlands" und die Schaffung einer "breiten patriotischen, vorparteilichen Opposition".

Angesichts eines vorprogrammierten Scheiterns der Republikaner bzw. der DSU (die den REP z.B an aggressiver Ausländerfeindlichkeit gleichkommen) bei den bevorstehenden "Reichstagswahlen" könnte dieser breit vorbereitete Einigungsprozeß langfristig eine Sogwirkung auf die zersplitterte Rechte ausüben.

Peter Glotz und die "Neue Rechte"

"Die Deutschen haben Hitler groß gemacht, und jetzt läßt Hitler die Deutschen nicht mehr los, immer wenn rebellisches Protestpotential die erstarrte rechtsextreme Szenerie der Bundesrepublik belebt, taucht die Warnung vor einem neuen deutschen Faschismus auf. Der Diskurs, der dann einsetzt, ist längst ritualisiert, - und bringt keinerlei neue Erkenntnisse mehr hervor".
Meint Peter Glotz, ehemaliger Bundesgeschäftsführer der SPD, in dem Artikel "Die neue Lage und die deutsche Rechte", der aufgrund der "freundlichen Genehmigung der F.A.Z. und Herrn Peter Glotz" nun auch in Heft 3/90 (Geistige Strömungen in Europa") von "Europa. Berichte zur Zeitenwende" nachzulesen ist.
Herausgeber des im 5. Jahrgang erscheinenden Heftes ist das 1973 vom ehemaligen NPD-Bundestagskandidaten **Ludwig Bock** gegründete "Nationaleuropäische Jugendwerk" (NEJ) mit Sitz in Mannheim.
Weitere Beiträge in dieser Ausgabe von "Europa" stammen u.a. von **Ernst Anrich**, 1941 bis 1945 Professor an der Universität Straßburg, dem REP-Europaabgeordneten **Emil Schlee**, den einschlägig bekannten Nationalrevolutionären **Wolfgang Strauss** und **Werner Olles**, sowie **Michael Walker** (Großbritannien/ Herausgeber von "The Scorpion"), neben **Alain de Benoist** (Frankreich) und **Robert Steuckers** (Belgien), einer der führenden Köpfe der "Neuen Rechten" in Westeuropa.
Harald Thomas, Schriftleiter von "Europa", zum Selbstverständnis des NEJ in einer beiliegenden Werbekarte: "Wir leben als Deutsche mitten in Europa und wenn wir nicht das Thema (Europa) aufgreifen, dann überlassen wir es unseren Feinden. Der Kulturkrieg findet bereits überall statt. Bewußtsein und Willen sind die beiden Hauptkräfte, die Europa braucht, um sich aus seinem selbstmörderischen Wahn der Gleichheit und Konsumsucht zu lösen. Unser Humanismus gründet auf der Freiheit der Vaterländer mit ihrer volklichen Identität, dem Recht auf Verschiedenheit und der nationalen Selbstbestimmung."



An prominenten Autoren interessiert

Über die Redaktionsadresse von "Europa" (Wesseling in der Pfalz) ist auch rechtsextremes Propagandamaterial - "Buchversand **Anneliese Thomas**", die Frau von Harald Thomas, - zu beziehen: So beispielsweise der Videofilm "Triumph des Willens - Reichsparteitag der NSDAP 1934 in Nürnberg" oder das Buch "Die Endlösung der deutschen Frage" (Auszug aus dem Prospekt: "Mit Geburtenverweigerung und Ausländerimport zur `Endlösung der deutschen Frage'?") des Osnabrücker Soziologen **Robert Hepp**.

Buchrezensionen im Heft 3/1990, u.a. von **Thor von Waldstein**, NPD-Aktivist und Bundesvorsitzender des "Fördervereins Junges Deutschland", über den Band "Liberalenbeschimpfung" von **Armin Mohler**, runden das Bild dieses äußerst rechts stehenden Periodicums ab.
Peter Glotz sollte sich künftig die Genehmigung zum Nachdruck seiner Artikel besser überlegen!

NPD-Parteitag

Die NPD hat sich wenige Tage nach Vollzug der Einheit auf Gesamtdeutschland ausgebreitet. Auf ihrem Parteitag am 7. Oktober in Erfurt (Motto "Deutschland den Deutschen") nahm die rechtsextreme Partei fünf Landesverbände auf, die sich zuvor in den neuen Bundesländern gegründet hatten. Nach eigenen Angaben zählt die NPD damit jetzt rund 8.000 Mitglieder.
Der Parteitag beschloß in Erfurt außerdem das Programm für die Bundestagswahl am 2. Dezember, in dem die NPD gegen eine "Überfremdung durch ausländische Asylanten" wettert und eine "soziale Neuordnung der Gesellschaft" verlangt, "damit wir wieder Herr im eigenen Hause werden" (**Mußgnug**). In dem jetzt vollzogenen Anschluß der DDR sehe die NPD nur einen Schritt zur Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937, sagte Mußgnug, zu dessen Stellvertreter der Parteitag den Magdeburger Mediziner **Rainer Prigge** wählte.
Bei den Bundestagswahlen hofft die NPD vor allem auf Stimmen aus den Ländern Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt, wo sich die Partei bereits "gut organisiert" hat.

Am 18.07.1990 verstarb in Malaga unser Freund und Kamerad, der Antifaschist, Kommunist und Widerstandskämpfer

Max Miklowait

Zwölf Jahre faschistischen Terrors, in denen er brutalste Gestapofolter erlitt und elf Jahre im Zuchthaus und im KZ-Sachsenhausen verbrachte, konnten ihn nicht brechen.

Max war Gründungsmitglied der VVN - Bund der Antifaschisten und bis zuletzt aktives Mitglied unserer Kreisorganisation.

Die antifaschistische Bewegung hat einen großen Freund verloren.

Georg Heisler

Wer darf geehrt werden?

Ein Duisburger Lehrstück in Sachen Pressefreiheit

Am 18. Juli 1990 verstarb in Malaga/Spanien der Duisburger Antifaschist und Widerstandskämpfer Max Miklowait im Alter von 89 Jahren. Die VVN-BdA Duisburg versuchte durch eine Todesanzeige in der größten Duisburger Tageszeitung, der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ), diesen verdienten Antifaschisten zu ehren. Doch die weigerte sich, diese Anzeige abzudrucken, da in der WAZ-Gruppe "Gedenkanzeigen mit politischen Inhalten" nicht toleriert würden. Einen zweiten Versuch startete die VVN-BdA am 27. Juli. Diesmal wurde der Anzeigenauftrag schriftlich erteilt und gleichzeitig die Redaktion angeschrieben. Dabei wurde kurz noch einmal der "Fall **Heinrich Bauschen**" erwähnt. Zum Verständnis: Heinrich Bauschen gründete 1925 die Duisburger Ortsgruppe der NSDAP und kam 1929 bei einer von ihm angezettelten Schlägerei ums Leben. Zum 60. Todestag Heinrich Bauschens erschien in der WAZ vom 20. Oktober 1989 eine Erinnerungsanzeige auf der Familienseite mit dem Text: "Ewig ist der Toten Tatenruhm". Gezeichnet war die sogar bebilderte Anzeige mit "Kam. Du." Auf dem Foto war Heinrich Bauschen zu erkennen, mit einer SA-Mütze bekleidet.

Wer dahinter steckte war nicht schwer zu erraten. Es war die sog. Kameradschaft Duisburg der FAP. Über diesen Vorfall herrschte damals in Duisburg große Empörung. Auf unseren Brief an die WAZ in Duisburg antwortete uns die Hauptanzeigenredaktion der WAZ in Essen, die Schaltung der Anzeige sei "durch Unwissenheit einer jüngeren Mitarbeiterin" zustandegekommen. Die Zeitung versicherte: "Bitte gehen Sie davon aus, daß wir alles Notwendige tun werden, damit sich ein derartiger Mißgriff nicht wiederholt."

Als Reaktion auf diesen zweiten Versuch erhielt die VVN-BdA dann fernmündlich einen unannehmbaren Kompromißvorschlag von der Anzeigenleitung. Man würde die Anzeige "mitnehmen" - wie man sich ausdrückte - allerdings nicht auf der Familienseite, weil man das der konservativen Leserschaft nicht zumuten wolle, sondern auf der gewerblichen Anzeigenseite. Als wenn man ernsthaft von AntifaschistInnen erwarten könne, die Totenehrung eines Widerstandskämpfers zwischen Waschmittelwerbung und Kleintransporte zu setzen. Außerdem sollte die Anzeige, die dann ja ein gewerblicher Text sei, 1150,- DM kosten. Um ihren Protest zu artikulieren, informierte die VVN-BdA die demokratische Öffentlichkeit durch Schreiben an Funk und Fernsehen, Gewerkschaften, Parteien und Verbände.

Vom Oberbürgermeister der Stadt, Krings (SPD), und von seiner Partei hat die VVN-BdA sogar eine - wenn auch unbefriedigende - Antwort erhalten. Der OB hatte es für nötig gehalten, den Geschäftsführer der WAZ-Zeitungsgruppe anzuschreiben und ihm zu versichern, daß er an der Haltung der WAZ nichts Kritikwürdiges finden könne. Allerdings fragte er dann: "... ob man denn wirklich - überzogen formuliert - Bauschen und Miklowait; also gleichsam Täter und Opfer, gleichbehandeln darf."

Diese Frage stellte sich die VVN auch. Vom OB, der immerhin das Vorwort zu "Tatort Duisburg" (Widerstand und Verfolgung in Duisburg, Klartext-Verlag Essen) schrieb, einem Buch, in dem auch das Leben und Kämpfen des Max Miklowait gewürdigt wird, haben wir nicht diese Frage, sondern eine klare Antwort erwartet. Die Reaktion von Kring's Partei stand an Qualität nicht nach: Herr Ambrosius, Geschäftsführer des SPD-Unterbezirks versicherte am 28. August, daß die SPD ebenso wie die VVN-BdA empört über diesen Vorgang sei, jedoch: "Weitergehende Möglichkeiten, Einfluß auf die Geschäftspraktiken einer unabhängigen Zeitung auszuüben, haben wir, auch im Interesse unseres demokratischen Staatsgefüges, Gott sei dank nicht."

Die WAZ, die es ihren Lesern nicht zumuten mag, die Sterbeanzeige für einen toten Widerstandskämpfer auf der Familienseite abzudrucken, veröffentlicht auf eben dieser Seite am 25. August 1990 die Gedenkanzeige für einen verstorbenen FAP-Aktivisten (**Stefan Music**). Das Inserat, das mit dem Text: "Ich hatte einen Kameraden, einen besseren findest du nicht! Er war einer der Besten", war ebenfalls gekennzeichnet mit "Kameradschaft Duisburg". Auf den Protest der VVN-BdA redete sich die WAZ heraus, man habe die Kameradschaft Duisburg für den Namen eines Motorradclubs gehalten.

"Konservativen Lesern" nicht zuzumuten?

Der hier geschilderte Fall setzt konsequent die bisherige politische Haltung der Duisburger WAZ-Redaktion fort. In der Vergangenheit konnte man es eigentlich nur durch einen Zufall schaffen, Hinweise für antifaschistische Veranstaltungen in dem Lokalteil dieser Zeitung unterzubringen. Auch die Berichterstattung über Konfrontationen zwischen Antifaschisten und Neofaschisten setzte voll die Totalitarismusdoktrin durch. So stellt der geschilderte Fall auch kein Einzelbeispiel dar, sondern ist Politik dieser Zeitung. Da man bei Faschisten keine großen Bedenken hat, ob man dies der "konservativen Leserschaft zumuten kann", fragen wir uns schon, ob es dann noch Zufall ist, wenn die FAP diese Zeitung für Propagandazwecke gebrauchen kann.


Zur Erinnerung an den 60. Todestag von

HEINRICH BAUSCHEN

* 18. 3. 1893 † 19. 10. 1929

Ewig ist der Toten Tatenruhm.

Kam. DU

Kein Problem: Gedenken an den Gründer der NSDAP-Gruppe Duisburg

Jugend-KZ: Ermittlungen eingestellt

Die Staatsanwaltschaft Göttingen hat ihre Ermittlungen zur Aufklärung von Straftaten im ehemaligen "Jugendschutzlager" Moringen ergebnislos eingestellt. In dem Lager hatten die Nazis während des Zweiten Weltkrieges rund 1.000 Jugendliche zur "Bewährung" gefangengehalten, von denen eine unbekannte Zahl auf zum Teil grausame Weise ums Leben kamen.

Trotz achtjähriger Ermittlungen habe sich kein hinreichender Tatverdacht gegen bestimmte noch lebende Personen erbringen lassen, heißt es in dem Einstellungsbeschluß der Staatsanwaltschaft. Zwar habe sich der Verdacht erhärtet, daß es in dem Lager Mordtaten gegeben habe. Eine exakte Zuordnung sei jedoch nicht möglich gewesen, weil es keine beweisfähigen Zeugenaussagen gebe, auf die sich die Ermittlungen ausschließlich stützten. Aktenunterlagen über Moringen seien fast sämtlichst vernichtet gewesen.

Schätzungen zu Folge sind in dem Lager zwischen 50 und 120 Jugendliche bei Fluchtversuchen, beim Strafsport, bei Folterungen, Kastrierungen und nach Verlegung in Konzentrationslager Bergen-Belsen ums Leben gekommen.

Dr. sc. Dietmar Pellmann

Aufstieg und Absturz einer rechtskonservativen Partei

Einige Anmerkungen über die Deutsche Soziale Union (DSU)

Die Landtagswahlen vom 14. Oktober in den fünf Bundesländern der ehemaligen DDR sind gelaufen. Wie immer bei Wahlen gab es Gewinner und Verlierer. Zu letzteren gehört ohne Zweifel die DSU, der noch vor Monaten hochdekorierte Ableger der bayerischen CSU. Auch die massierte personelle und finanzielle Hilfe aus München erwies sich eher als Fehlinvestition, denn sie konnte das leckgeschlagene DSU-Schiff nicht wieder auf Kurs bringen.

Alles in allem hat die DSU nur eine kurze Phase des Aufstiegs erlebt. Erreichte die Partei bei den Volkskammerwahlen am 18. März fast 5,4 Prozent und konnte vor allem in den südlichen Teilen der DDR als relativ einflußreiche Kraft am rechten Rand des Parteienspektrums gelten, so deutete sich der Niedergang bereits bei den Kommunalwahlen am 6. Mai an. Bei den Landtagswahlen nun vermochte diese Partei in keinem Gebiet die Fünf-Prozent-Hürde auch nur annähernd zu erreichen. Selbst in Sachsen, der eigentlichen Hochburg der DSU, kam die Partei lediglich auf 3,58 Prozent, während es am 18. März noch über 13 Prozent gewesen waren.

Viele, die das Wirken der DSU in den vergangenen Monaten verfolgt haben, werden den Abstieg dieser Partei nicht mit allzu großer Wehmut registrieren. Und dennoch dürfte es nicht uninteressant sein, der Frage nachzugehen, wie dieses Phänomen DSU entstand und wie es möglicherweise alsbald wieder verschwinden könnte.

Zur Herausbildung der DSU

Versetzen wir uns zurück in die Situation, wie sie kurz nach dem "Herbststurm" des Jahres 1989 in der DDR herrschte. Fast täglich schossen neue Parteien wie Pilze aus dem Boden. Um die Jahreswende waren am rechten Rand des konservativen Lagers rund ein Dutzend parteiähnlicher Gruppierungen entstanden, die durchweg ihre Nähe zur CSU bekundeten. Es war zugleich jene Zeit, wo sich Emissäre der großen westdeutschen Parteien nach "Verbündeten" in der DDR umsahen. Besonders schwer taten sich dabei zunächst CDU und FDP. Die CSU gewann einen gewissen zeitlichen Vorsprung, weil sie schon Mitte Januar 1990 durch das Zusammenfügen der kleinen Gruppierungen rechts von der Ost-CDU zur DSU ihren "Partner" gefunden, ja geboren hatte.

Warum entstand neben der Ost-CDU noch eine konservative Partei?

Die Gründe ergeben sich sowohl aus der damaligen Lage in der DDR als auch aus der Situation in der BRD. Es war noch nicht entschieden, ob die Ost-CDU die Rolle einer großen konservativen Volkspartei würde spielen können. Zu nachhaltig schreckte das Erbe, jahrzehntelang Verbündeter der SED gewesen zu sein, selbst Helmut Kohl und seinen Beraterstab ab. Da schien es durchaus sinnvoll, eine weitere "Unionspartei" auf den Plan treten zu lassen. Insofern dürfte selbst Herr Kohl dem Experiment DSU zunächst mit Wohlwollen begegnet sein.

Mit der Option einer solchen Parteiengründung war die Hoffnung verbunden, jenes relativ breite Wählerpotential, das nicht bereit war, für die Ost-CDU zu votieren, an sich zu binden. Hinzu kam noch, daß damals in der DDR rechtsradikale Parteien verboten waren, und man hoffte, auch diese potentiellen Wählerstimmen mit vereinnahmen zu können. Daß sich diese Hoffnung durchaus als berechtigt erwies, geht aus Flugblättern der Republikaner im Vorfeld der Volkskammerwahlen hervor. Darin werden die eigenen Anhänger aufgefordert, der DSU ihre Stimme zu geben.



Wasserträger der CSU

Bei der Herausbildung der DSU hat offenbar auch der permanente Streit zwischen West CDU und CSU Pate gestanden. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß sich die Erben von F.J. Strauß durch die Installierung eines "Stellvertreters" in der DDR generell mehr Einfluß verschaffen wollten. Ob dies zugleich eine Neuauflage des Versuches der CSU aus dem Jahre 1976 war, sich über Bayern hinaus organisatorisch auszudehnen, kann vermutet werden, ist aber keineswegs sicher.

Was hat die DSU seit ihrer Gründung geleistet?

Man könnte diese Frage mit einer Handbewegung wegwischen, denn vieles von dem , was von dieser Partei ausgegangen ist, war eher destruktiv. Die Historiker werden der DSU dereinst bestenfalls eine Randglosse widmen. Das dieser Partei von Bonn und München eingeräumte Betätigungsfeld war von vornherein ohnehin recht schmal.

Da war zunächst die Aufgabe, einen Teil des Wahlvolkes bei der Stange zu halten. In dem Maße, wie die Ost-CDU den Menschen ihre doppelte Wende ohne größeren Schaden glaubhaft machen konnte und - dank der Kohlschen Schützenhilfe - erstarkte, schien dieses Ziel erreicht. Nachdem schon die Führungsgruppe der DSU um Diestel und Ebeling zur CDU übergewechselt war, folgten diesem Schritt am 14. Oktober nun auch die ehemaligen Wähler in Scharen.

Im Ensemble derer, die die Vereinnahmung der DDR betrieben, war der DSU einer Vorreiterrolle zugedacht. Permanent stellte sie in der Volkskammer Anträge, den Beitritt der DDR zur BRD sofort zu beschließen. Außerdem erledigte sie manche "Dreckarbeit", die ansonsten die CDU diskreditiert hätte. Seit dem 3. Oktober entfällt nun für die DSU auch diese "heilige Pflicht".

Die DSU war angetreten, die "Vergangenheit zu bewältigen". Obwohl es sich dabei durchaus um ein ebenso ernstes wie dringliches Problem handelt, war das, was DSU-Vertreter an Geschichtsverständnis anboten, eher vergleichbar mit dem Auftritt eines dilettantischen Kabaretts. Besonders tat sich hier ein Geschichts- und Staatsbürgerkundelehrer aus der Nähe von Dresden hervor, der öffentlich behauptete, daß er seinen Schülern lediglich Ur- und Frühgeschichte beigebracht habe.

Besonders engagiert zeigte sich die DSU immer dann, wenn es gegen die PDS ging. Sie setzte sich offenbar das Ziel, ihren ureigenen Beitrag zu leisten, damit die PDS möglichst bis zur deutschen Einheit handlungsunfähig sei, und die künftige gesamtdeutsche Parteienlandschaft nicht durch eine linkssozialistische Partei "belastet" würde. Diese Zielstellung ließ sich indes nicht realisieren. Aber viele DSU-Mitglieder verfolgten den Kurs auf die mögliche Liquidierung deshalb so heftig, weil sie durch die PDS immer wieder an die eigene politische Vergangenheit erinnert wurden. Denn ein nicht unwesentliches Charakteristikum der DSU besteht gerade darin, einer Fülle ehemaliger SED-Mitglieder eine neue "politische Heimat" geboten zu haben.

Durch diese Politik hat sich die DSU selbst überflüssig gemacht. Jetzt rächt sich, daß diese Partei eigentlich nie ein eigenes strategisches Konzept besessen hat, sondern noch stolz darauf war, Wasserträger der "Vaterpartei" aus Bayern zu sein.

Hat die DSU eine Überlebenschance?

Es scheint so, als sei das rasche Tempo des Anschlusses der DDR, zu dem ja gerade die DSU nicht unwesentlich beigetragen hat, hauptverantwortlich dafür, daß die Tage dieser Partei gezählt sein könnten. Vieles spricht für eine solche Sicht. Aber zugleich kann man nicht völlig ausschließen, daß die DSU nicht völlig verschwindet. Viel wird davon abhängen, ob Theo Waigel für eine konservative Partei rechts von der CDU noch eine Verwendung hat und bereit ist, dieser dann auch künftig personell und finanziell unter die Arme zu greifen. Eine Vereinigung von

DSU und CSU ist ziemlich ausgeschlossen, weil dies eine Ausdehnung der Waigel-Partei über die Grenzen Bayern hinaus bedeuten würde. Und dafür hätte Helmut Kohl wohl kaum Verständnis.
Es ist eher denkbar, daß die DSU als ostdeutsche Regionalpartei noch eine Zeit lang bestehen bleibt. Die Geschichte der bundesdeutschen Parteienlandschaft kennt ja einige Beispiele, wo Parteien, nachdem sie ihren Einfluß weitgehend eingebüßt hatten, noch relativ lange als bedeutungslose Splittergruppen, oft auch auf regionaler Ebene, weiterbestanden. Natürlich ist eine Auflösung der DSU nicht von vornherein auszuschließen. Dann würden sicher viele den rechten Flügel der CDU stärken, manche aber sicher auch in das Lager der Rechtsradikalen abdriften.
Die nächsten Monate werden manche heute noch offene Frage beantworten, und sicher werden die Bundestagswahlen am 2. Dezember für das Wohl und Wehe dieser rechtskonservativen Partei von Bedeutung sein.

Rechts von der Union

Die Wahlergebnisse der Landtagswahlen in der ehemaligen DDR waren für die verschiedenen rechtsradikalen und neofaschistischen Parteien durchgehend enttäuschend und haben nicht zu dem erwarteten Durchbruch geführt. Hier die vorläufigen Ergebnisse rechts von der Union auf einen Blick:

Mecklenburg - Vorpommern

DSU	6721 St.	0,75%
REP	7962 St.	0,89%
NPD	1542 St.	0,17%

Brandenburg

DSU	12512 St.	0,98%
CL	2751 St.	0,22%
REP	14623 St.	1,15%
NPD	1666 St.	0,13%

Sachsen-Anhalt

DSU	24115 St.	1,70%
CL	2315 St.	0,16%
REP	8989 St.	0,64%
NPD	2086 St.	0,15%

Sachsen

DSU	94326 St.	5,60%
CL	12850 St.	0,49%
NPD	17795 St.	0,68%

Thüringen

DSU	45981 St.	3,28%
CL	3644 St.	0,26%
REP	11709 St.	0,83%
NPD	3194 St.	0,23%

DSU = Deutsche Soziale Union
CL = Christliche Liga
REP = Republikaner
NPD = Nationaldemokratische Partei Deutschlands

Anton Maegerle

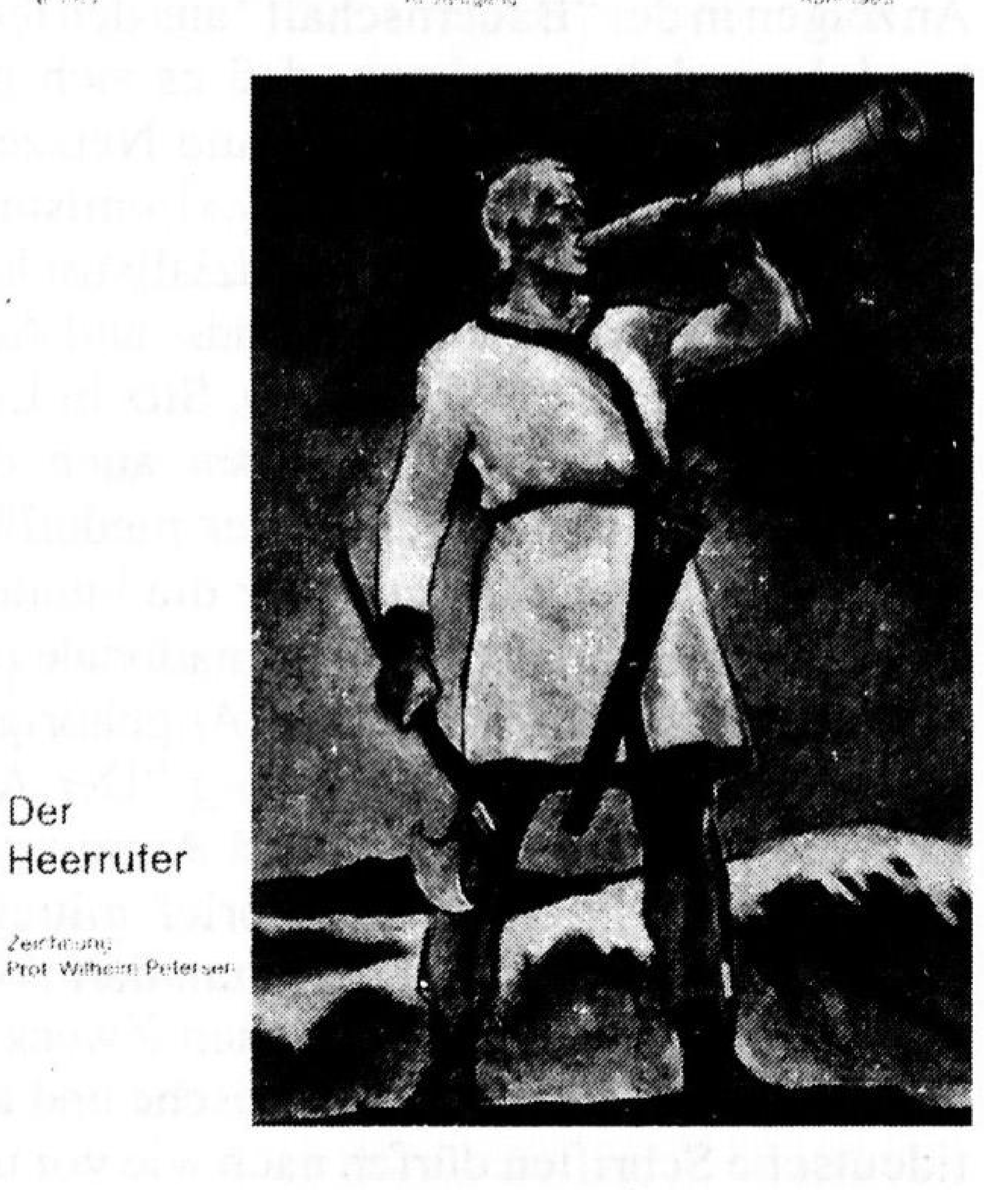
Rechtsextremistischer Stützpunkt in Dänemark

Thies Christophersen und der Nordwind-Verlag

"Gerade bei der Aufdeckung von Nachkriegslügen muß sehr behutsam vorgegangen werden. Daß wir von vier Millionen auf eine Million Ermordungen in Auschwitz zurückgegangen sind, ist keine große Sensation. (...) Die Lüge von Massenvergasungen zu beseitigen, ist bedeutend schwieriger. Wir hatten bereits das Zugeständnis gemacht, daß es auf deutschem Boden keine Gaskammern gegeben hat. (...) Unsere größte Sorge ist, wie kriegen wir Herrn Heinz Galinski und Herrn Simon Wiesenthal beruhigt. Herr Galinski spricht nun schon von einer Verhöhnung der Opfer. Mit einem Orden ist es diesmal nicht getan. Beide Herren haben ja bereits die höchsten bundesdeutschen Auszeichnungen. Wir werden Israel neue Entschädigungszahlungen in Aussicht stellen müssen. Mit Geld hat man diesen Leuten noch immer das Maul stopfen können. Nun ergibt sich die Möglichkeit, auch von Mitteldeutschland noch Entschädigungszahlungen an Israel zu fordern. Eine Lösung wäre ein Attentat, welches man gut rechtradikalen Gruppen anlasten könnte."
So der Agrarjournalist und Autor der "Auschwitz-Lüge", **Thies Christophersen**, geb. 1918, ehemals SS-Sonderoffizier im Vernichtungslager Auschwitz, in seinem Artikel "Die Auschwitz-Lügner auf dem Rückzug. Ein Versuch, sich in die Rolle der Zion-Demokraten zu versetzen". Naxhzulesen in der neuesten Ausgabe von "Die Bauernschaft". Für Recht und Gerechtigkeit", die vierteljährlich im "Nordwind-Verlag" (Kollund/Dänemark) erscheint. Christophersen selbst hat die im 22. Jahrgang erscheinende "Bauernschaft" (Auflage ca. 4000 Exemplare) gegründet.

Der Alt- und Neonazi, notorischer Leugner der Existenz von Gaskammern während der Nazi-Diktatur, hat ein beachtliches Strafregister vorzuweisen. So wurde er 1978 vom Landgericht Flensburg zu je sechs und vier Monate auf Bewährung wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Verunglimpfung des Staates verurteilt. 1979 folgten erneut neun Monate auf Bewährung. 1981 wird Christophersen schließlich zu einer Strafe von acht Monaten mit vier Jahren Bewährung verurteilt. Er entzieht sich der Haft und flieht nach Belgien. 1983 wird er bei Aachen an der deutsch-belgischen Grenze festgenommen und ein Jahr später zu acht Monaten auf Bewährung verurteilt.
Am 8. Dezember wird ein Gerichtsverfahren gegen ihn wegen Verstoßes gegen das Pressegesetz und Verunglimpfung des Staates durch das Landgericht Flensburg eingeleitet. Christophersen entzieht sich der drohenden Haftstrafe und läßt sich in Dänemark nieder, wo er heute noch in Kollund (vier Kilometer hinter der deutsch-dänischen Grenze) unmittelbar nördlich der Flensburger Förde lebt. Ein Auslieferungsbegehren des Kieler Justizministeriums wurde am 6. Juni 1988 vom Landgericht Sonderburg/Dänemark abgelehnt. Beim Prozeß mit dabei: **Jürgen Rieger**, Hamburger Staranwalt der alten und neuen Rechten.
Christophersens "Nordwind-Verlag" (NV) beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Herausgabe der "Bauernschaft", sondern widmet sich auch "aus ideologischen Gründen" dem Versand von rechtsextremistischer Literatur. So sind über den NV u.a. "Mein Kampf" von **Adolf Hitler**, "Verrat und Wi-





Von Christophersen gegründet

derstand im 3. Reich" von **Peter Dehoust** (Schriftleiter von "Nation und Europa"), "Die deutschen Ostgebiete aus staats- und völkerrechtlicher Sicht" von **Roland Bohlinger** (Bundesvorsitzender der Deutschen Rechts- und Lebensschutzverbandes), "Ist Rassenbewußtsein verwerflich" von **G.A.Amaudruz** (ehemals Stellvertreter des Führers der helvetischen Faschisten Oberst Fonjallaz), "Die Schale des Zorns" von **Christian Worch** (enger Vertrauter von **Michael Kühnen**), "Kampf dem Bauernsterben" von **Erhard Kemper** (FAP-Funktionär) oder auch "Abzeichen und Fahnen aus der NS-Zeit: Anstec-

knadeln mit Hakenkreuz, Totenkopf, SS-Runen und SA-Abzeichen" erhältlich. Werbung ist in der ca. 75 Seiten umfasssenden Septembernummer der "Bauernschaft" auch vorhanden. So u.a. von den in Oberhausen erscheinenden "Unabhängigen Nachrichten", deren Herausgabe von einem "Unabhängigen Freundeskreis" (UFK) "unterstützt" wird. Gegründet wurde der UFK im Juni 1970 u.a. von **Werner Gebhardt**, Funktionär der 1952 verbotenen neonazistischen "Sozialistischen Reichspartei"(SRP). Aber auch **Peter Naumann**, der bis Dezember 1990 noch eine Haftstrafe verbüßen muß und nun "für die Zeit ab Januar 1991 im Großraum Rhein-Main oder im Raum Cuxhaven/Stade/ Hamburg oder Bremen/Bremerhaven (einen) neuen Wirkungskreis" als Diplomingenieur (Chemie) sucht, macht per Anzeige auf sich aufmerksam. Naumann war 1985 Gründer der "Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/Völkischer Bund" (ANV/VB) und zuvor als Funktionär der NPD und deren Jugendorganisation, den "Jungen Nationaldemokraten", deren stellvertretender Bundesvorsitzender er 1976 wurde, tätig. Im Oktober 1988 wurde der Rechtsextremist zu vier Jahren und sechs Monaten Haft u.a. wegen eines Sprengstoffanschlages auf das Mahnmal "Fosse Adreatine" (bei Rom) für italienische NS-Opfer im August 1978 und wegen versuchter Gründung einer terroristischen Vereinigung mit Walter Kexel und Odfried Hepp durch den Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichtes Frankfurt verurteilt. Die Beteiligung an Sprengstoffanschlägen auf Fernseh-Sendemasten, um die Ausstrahlung der Serie "Holocaust" im Januar 1979 zu stören, konnte ihm nicht nachgewiesen werden.

Anzeigen in der "Bauernschaft" aus den letzten Jahren dokumentieren, daß es sich bei diesem Blatt um eine Schalt- und Netzzentrale des weltweiten Rechtsextremismus handelt. Neben der "Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation" (NSDAP/AO, Sitz in Lincoln/Nebraska, USA) inserieren auch die Schweizer "WikingJugend", der niederländische "The Northlander" oder die bundesdeutsche "Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige" (HNG), die NPD-Schülerzeitung "Der Adler", die FAP und das Versand-Antiquariat Schmidt, das in einem Rundbrief mitteilt: "Nationalsozialistisches Schrifttum darf noch immer nur zu wissenschaftlichen Zwecken abgegeben werden. Kommunistische und antideutsche Schriften dürfen nach wie vor uneingeschränkt verbreitet werden."

Leserbriefe in der jüngsten Ausgabe kommen u.a. aus Argentinien, Australien, der DDR, den USA und Österreich.
Dank wird Christophersen, der über Auschwitz schreibt: "Und wenn wir einen Neuzugang hatten, der unterernährt und mager ins Lager kam, so hatte er bereits nach einigen Tagen ein glattes Fell"(so in der "Auschwitz-Lüge") durch **Walter Ochensberger** zuteil. Der Herausgeber des antisemitischen Hetzblattes "Sieg" in der September-Ausgabe der "Bauernschaft": Sie sind der Anständigste und Fairste im ganzen Umfeld!"

Friedrich Klein

Bundestreffen der "Ritterkreuzträger"

Zu ihrem 36. Bundestreffen kamen 284 Mitglieder der "Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger" aus sechs Ländern vom 4. bis 7. Oktober 1990 in die badische Barockstadt Bruchsal.



Nazi-Oberst Rudel, Ritterkreuz mit Schwertern, Eichenlaub und Brillanten

Auf dem Programm der Ordensgemeinschaft, die auch Mitglied des "Ringes Deutscher Soldaten" ist, standen ein Empfang beim Oberbürgermeister Bernd Doll (CDU), der Besuch beim Divisionskommando der 1. Luftlandedivision in der Eichelbergkaserne und eine Gedenkfeier im Ehrenhof des Bruchsaler Schlosses, bei der auch das Heeresmusikkorps 9, sowie ein Ehrenzug mit Ehrenposten der 1. Luftlandedivision mitwirkten. "Angetreten" bei der Gedenkfeier waren auch OB Doll und der Kommandeur der 1. Luftlandedivision, Generalmajor Georg Bernhardt.

Untergebracht ist diese Bundeswehreinheit auf dem Bruchsaler Eichelberg, dessen Verbindungsweg zum benachbarten Obergrombach eine makabere Besonderheit aufweist: Die Steine, die den Weg befestigen und die Wasserrinne bilden, stammen vom Jüdischen Friedhof auf dem Eichelberg, dessen Grabstätten während der Nazi-Diktatur geschändet und als Steinbruch mißbraucht wurden. Weitere Steine der jüdischen Grabdenkmäler dienen als Hofbefestigung mancher Obergrombacher Einwohner.

Die 900 Mitglieder (1954 rund 2000 Mitglieder) umfassende Ordensgemeinschaft /(insgesamt wurden während des II. Weltkrieges 7318 Soldaten mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet, von denen ca. die Hälfte gefallen sind) ist ein gerngesehener Gast in Bruchsal; so traf man sich erstmals im Oktober 1984 in der badischen Spargelmetropole. Teilnehmer am damaligen Festabend der Ordensgemeinschaft, der in der Bruchsaler Sporthalle stattfand, waren neben dem Heeresmusikkorps, der Fanfarenzug der Freiwilligen Feuerwehr, die Kindertanzgruppe Bruchsal, auch zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens - u.a. der stellvertretende Landtagspräsident von Baden-Württemberg Dr. Wenk (CDU), MdB Klaus Bühler (CDU), Staatssekretär Heinz Heckmann (CDU) und Oberbürgermeister Dr. Adolf Bieringer (CDU). Regen Zuspruch fand auch dieses Jahr die Gala, die den Abschluß des Bundestreffens bildete. Im vollbesetzten Bruchsaler Bürgerzentrum sah man unter den Ehrengästen erneut Heinz Heckmann und seinen Nachfolger Dr. Volz (in Vertretung des baden-württembergischen Ministerpräsidenten und Schirmherren des Bundestreffens, Lothar Späth), Generalmajor Georg Bernhardt sowie Bürgermeister Werner Stark (CDU).

Bernhardt wies in seiner Ansprache auf die "großen Verdienste" der Ritterkreuzträger, von denen 650 bei der Bundeswehr "dienten", hin. Staatssekretär Dr. Volz würdigte ebenfalls die "Verdienste" der Ritterkreuzträger als Mitgestalter der Bundesrepublik, während Wolfram Kertz, Präsidiumsmitglied der Ordensgemeinschaft, die Wiedervereinigung in den Mittelpunkt seiner Ansprache stellte: " Auf unsere alten Tage dürfen wir noch dieses Stück geschichtlicher Gerechtigkeit erleben", so Kertz. Daß man sich in Bruchsal, einer stark vom "CDU-Filz" dominierten Stadt wohlfühlt, ist verständlich. So hat der letzte der vier Ritterkreuzträger aus dem Bruchsaler Raum, der ehemalige Bürgermeister von Ubstadt-Weiher, Ludwig Simon (CDU), bei er Programmgestaltung wesentlich mitgewirkt.

Weitgereister Gast des Bundestreffens war der aus Johannesburg in Südafrika angereiste 72jährige Kurt Dahlmann, ehemals Kommandeur der Nachtschlachtgruppe 20, der am 24. Januar 1945 mit Eichenlaub "ausgezeichnet" wurde. Über den in Königsberg/Preußen geborenen ist im Nachschlagewerk "Die Eichenlaubträger 1940-1945" ("Im Gedenken an Männer, die durch ihre Taten ein Stück deutsche Geschichte verkörpern") zu lesen: "Dahlmann, zu Kriegsbeginn 1939 Zerstörer- und dann Schlacht- und Kampfflieger, war einer der ganz außergewöhnlichen Offiziere der Luftwaffe. An allen Fronten höchst bewährt, ist er der einzige Eichenlaubträger der Nachtschlachtflieger. Seit 1944 führte er als Kommandeur die Nachtschlachtgruppe 20 und zeitigte mit dieser in schwierigsten Einsätzen an der Westfront bedeutende Erfolge. Man wußte während des Krieges nur sehr wenig über die Leistungen dieser Flieger, die in aufreibenden Einsätzen über England, der Normandie, über Holland, bei der Ardennenoffensive und schließlich bis zu den Endkämpfen im Reich gegen erdrückende Übermacht Höchstes geleistet hatten. Dem Heer wertvollste Unterstützung leistend, waren diese Taten nur der hohen Erfahrung, der großen Ausdauer und Einsatzwilligkeit des Kommandeurs zu danken, der in vorbildlicher Art durch sein Beispiel seine Flieger zu hohen Kampfleistungen anspornte und den Nachtschlachtfliegern zu ausgezeichnetem Ruf verhalf."

Auch in Bruchsal dabei: Der im Rheinland lebende, 75jährige Bruno Kahl, der 1978 als Direktor von Bayer Leverkusen in den "wohlverdienten" Ruhestand trat. Über Kahl, ehemals Major und Kommandeur der schweren Heeres-Panzerjägerabteilung 656 ist nachzulesen: "Sein Einsatz als Frontkämpfer (an der Ostfront) widerspiegelt das Bild eines mutigen und tapferen Offiziers und vorbildlichen Führers seiner ihm anvertrauten Soldaten."
Die Stadt Bruchsal sollte sich endlich an demokratische Traditionen erinnern - wie die badische Revolution von 1848/49!

Ein Stück vom Kuchen

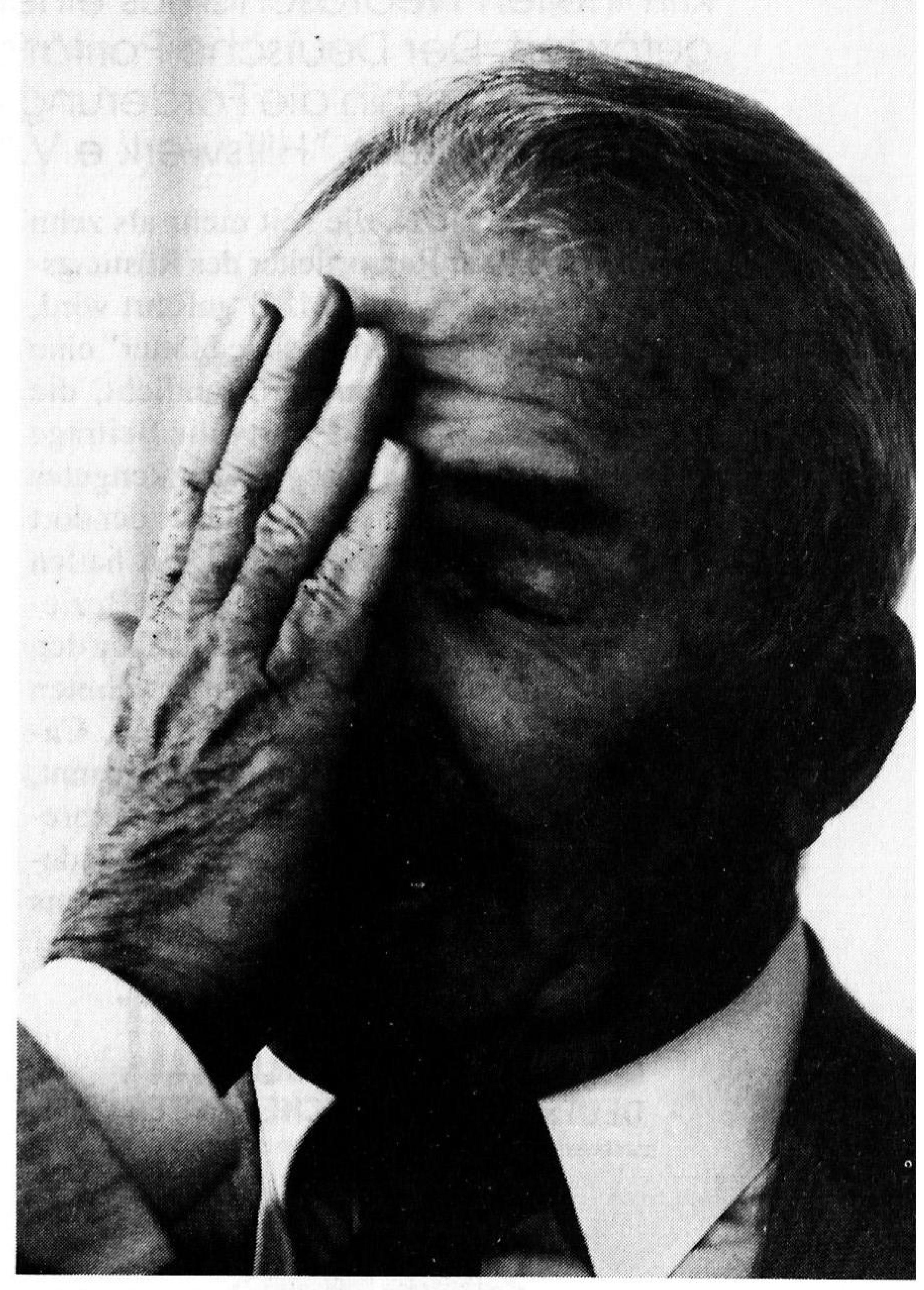
Sich selbst bezeichnet er als "Deutschland bekanntester Neonazi" und läßt sich als Märtyrer der Bewegung feiern. Nun will er aber auch ein Stück vom Kuchen haben.
"Ich habe eine fast schon neurotische Abneigung, um Geld für meine Arbeit zu bitten, ich kann nicht betteln!", läßt **Michael Kühnen** in einem Rundschreiben vom September diesen Jahres verlauten. Die "widerliche und aufdringliche Spendensammelei und Spendenaufrufe" lehne er ab. Denn Kühnen möchte gern als "härtester und konsequentester Kritiker der alten Ordnung" und als "leidenschaftlicher Kämpfer" für eine neue Ordnung gelten.
Nun scheint aber auch er in die Jahre zu kommen, in denen man sich nach etwas Ruhe und Sicherheit sehnt. Verbittert ist er, der harte Kämpfer, daß sein Einsatz nicht ausreichend gewürdigt wird von der nationalen Rechten - weder theoretisch noch finanziell. Intellektuelle Befriedigung dürfte ihm wahrscheinlich der Abdruck seines Artikels "Vom Staatsmythos zum vierten Reich" in den "Staatsbriefen" des ehemaligen "Welt"-Journalisten **Hans-Dietrich Sander** verschafft haben. Doch die materielle Ebene bereitet ihm nach wie vor Sorgen, ihm der in der Flugblattzeitung "Volkswille" die Frage aufwirft, "was 13 Jahre materiell ungesichertes Leben an der Armutsgrenze und acht Jahre Gesinnungshaft für einen Menschen bedeuten". Angesichts dieses "menschlich zermürbenden Kampfes um die notwendigen Mittel, mit ständigen politischen und persönlichen Finanzsorgen" zeigt sich Kühnen verbittert, fordert Anerkennung und (finanzielle) Unterstützung ein. Die 20- oder 50-DM Spenden der "bürgerlichen Nationalen" verbittern ihn, wo sich doch andere im "nationalen Lager eine goldene Nase verdienen, ohne dafür auch nur entfernt soviel dafür geopfert und gelitten zu haben", wie er.
So wie bisher jedenfalls will Kühnen nicht weiterleben. 20.000 Mark sofort und 2000 monatlich fortlaufend möchte er gern von seinen "Kameraden" zur Verfügung gestellt haben, um sein neustes Projekt die Zeitung "Volkswille" verwirklichen und sich "mit gesicherter Existenz" (d.h. hauptberuflich) auf seine Arbeit konzentrieren zu können.

Marion Lehmicke

Bayern - "Aus" für die REP?

Das Lachen und die vollmundigen Sprüche ("Ohne uns wird jetzt gar nichts mehr gehen") verging Franz Schönhuber im Lauf der Wahlnacht, als sich abzeichnete, daß die "Republikaner" knapp an der Fünf-Prozent-Hürde bei den bayerischen Landtagswahlen gescheitert waren.

Doch wer nun - wie der bayerische Ministerpräsident oder Kanzler Kohl vorschnell in der selben Nacht verkündeten - glaubt, damit wäre automatisch das "Aus" für die ultrarechte Partei verbunden, gibt sich gefährlichen Illusionen hin. Immerhin fehlten **Schönhuber** und Co. nur 0,1 Prozent der Stimmen, um ins Maximilianeum zu gelangen. In München erreichten sie im Stadtdurchschnitt 5,2 Prozent, im Arbeiterviertel Giesing 7,2 Prozent - dies trotz der Tatsache, daß sie im Münchner Rathaus außer internen Streitereien ihrer Fraktion kaum von sich reden machen konnten. In der Stadt Dachau (!) erreichten sie 11,3 in ihrer Hochburg Rosenheim 10,9, im oberpfälzischen Cham - dem Wahlkreis Schönhubers - 7,8 Prozent. Mit wenigen Ausnahmen konnten sie ihre Stimmen im Vergleich zu den letzten Landtagswahlen in allen Stimmkreisen verdoppeln. Bedenkt man noch, daß 34 Prozent der Wähler den Urnen fernblieben, so ist auch darunter ein gefährliches Potential zu vermuten.
Einbußen mußten die REP dort hinnehmen, wo sich ihre Kommunalpolitiker in den vergangenen Monaten heillos zerstritten hatten, mit der Folge von Parteiaustritten. In einigen bayerischen Städten sind sie deshalb nicht mehr in den Stadträten vertreten. In manchen Fällen, z.B. im niederbayerischen Landshut fanden ehemalige REP-Stadträte sofort Unterschlupf bei der CSU-Fraktion.
Dennoch: Wäre es nach dem Willen der Wähler in drei der sieben bayerischen Regierungsbezirke gegangen, hätten die REP den Sprung in den Landtag geschafft - trotz der monatelangen Schlammschlacht ihrer Spitzenkräfte, wechselseitigen Parteiausschlüssen, öffentlichen Beschimpfungen, Handgreiflichkeiten und gerichtlichen Auseinandersetzungen. Aus diesen Auseinandersetzungen ist Schönhuber als Sieger aufgetaucht, der seinen Verein nun stramm zur "Führerpartei" ausrichtet. Folglich spielten vor allem in der Endphase des Wahlkampfes andere Kandidaten keine Rolle. Schönhuber ist es, der die Bierzelte füllt - und mit einem Gemisch deutschen Größenwahns, law-and-order-Parolen, sozialer Demagogie und Hetze gegen Immigranten und Asylsuchende zum Haß gegen alles aufstachelt, was nicht in die Welt des Ex-SS-Mannes paßt.
Wenn die CSU behauptet, die Wahlergebnisse der "Republikaner" seien "nicht auf Kosten der Regierungspartei" zustande gekommen, stimmt dies schon rein rechnerisch nicht. Noch liegen keine detaillierten Untersuchungen über Wählerwanderungen vor, doch gerade in den Hochburgen verlor die CSU an die REP. Auch die SPD mußte Stimmen an die Schönhuberpartei abgeben, wenn auch weit geringer als bei vorangegangenen Wahlen.



Dicht daneben ist auch vorbei

Vor allem wurde Schönhuber durch die Politik der CSU unterstützt. Ihr martialischer Nationalismus, die von ihr zu verantwortende Politik des sozialen Raubbaus, insbesondere aber ihre Hetze gegen Asylsuchende unterschied sich in nichts von den "Republikanern".

Das Ergebnis der bayerischen Landtagswahl ist Ausdruck einer Entwicklung, die die Nachfolger von Franz Josef Strauß noch weiter nach rechts getrieben und der die SPD nichts Überzeugendes entgegengestellt haben. Selbst die "Grünen", nach eigener Aussage die "einzige Oppositionspartei im Landtag", mußten Federn lassen, weil sie sich zu wenig auf die sozialen Bewegungen besannen, die ihnen vor vier Jahren den Weg ins Parlament frei machten.

Was folgt daraus? Es wird höchste Zeit für einen "runden Tisch", an dem demokratische außerparlamentarische Bewegungen gemeinsam mit den Oppositionsparteien überzeugende Alternativen zur Politik der bayerischen Regierungspartei entwickeln und konkret umsetzen. Nur so - nicht im Selbstlauf - kann auch der Einfluß der "Republikaner" vermindert und mögliche Wahlerfolge verhindert werden.

Peter Kratz

"Deutsche Unitarier" zum Zweiten:

Verbindungen zum militanten Neofaschismus und zu SPD-Prominenz

Im April 1990 berichtete "Der Rechte Rand" über die völkisch-rassistische Sekte "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft e.V." (DUR). Neue Recherchen der "Bonner Initiative Gemeinsam gegen Neofaschismus" und der Kieler Antifa-Zeitschrift "Atze" haben jetzt Querverbindungen zwischen Funktionären und Prominenten dieser nazistischen Tarnorganisation und dem militanten und kriminellen Neofaschismus einerseits und zu prominenten Sozialdemokraten andererseits zutage gefördert. Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) und das Paritätische Bildungswerk lehnen weiterhin die Forderung der nordrhein-westfälischen AntifaschistInnen nach Ausschluß der Sekte und ihrem "Hilfswerk e.V." ab.

1986 hatte die DUR, die seit mehr als zehn Jahren von einem Ressortleiter des Rüstungs- und Weltraumkonzerns MBB geführt wird, in ihrer Zeitschrift "unitarische blätter" eine Liste von 17 Personen veröffentlicht, die nach Aussage der Sekte "wertvolle Beiträge zur Bereicherung unseres Gedankengutes geleistet" hätten. Mehr als die Hälfte der dort genannten Hauptideologen der DUR hatten eine faschistische Vergangenheit und Beziehungen zum Nazi-Kirchenkampf. Neben den bereits in unserem April-Bericht erwähnten **Hauer, Hunke, Achterberg, Böhme, Castagne** wird hier auch **Albert Hartl** genannt, der nach eigenen Aussagen in NS-Verbrecher-Prozessen maßgeblich am Zustandekommen des Euthanasie-Mordprogramms beteiligt war.





DUR-Publikation

Hartl, ein exkommunizierter katholischer Priester, besorgte als Funktionär und Vertrauter des Gestapo-Chefs Heydrich sowie im Auftrag des Chefs der Reichskanzlei Adolf Hitlers 1938 theologische Gutachten, die die Euthanasie als mit dem Christentum vereinbar erklärten. Laut Hartl waren diese Gutachten für Hitler mit ausschlaggebend, den Strafbefehl für die Ermordung Behinderter zu geben. Wie die Akten der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse zeigen, war Hartl 1941, als die SS-Einsatzgruppen bereits Tausende Juden ermordet hatten und in den KZ's christliche Priester gefoltert wurden, in der Zentrale des Nazi-Terrors, dem Reichssicherheitshauptamt, Chef der Gestapo-Abteilung VIB. Er war hier nicht nur zuständig für die Bespitzelung und Verfolgung antifaschistischer Christen, sondern auch der unmittelbare Vorgesetzte **Adolf Eichmanns**, dessen berüchtigte Abteilung IVB4 "Judenangelegenheiten" zu Hartls Gestapo-Bereich gehörte. Später war Hartl selbst bei der SS-Einsatzgruppe C. Seine "wertvolle Beiträge" für die DUR: Die im Unitarier-Verlag Soltsien (Hameln) erschienenen Schriften "Unitarische Religion" und "Euthanasie in religiöser Sicht".

Auschwitz-Lügner-Connection

1989 erschien als vierte Ausgabe der "unitarischen hefte - Schriftenreihe der Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft e.V." ein historischer Abriß über die Sekte. Darin wird **Marie-Adelheid Prinzessin Reuß zur Lippe** als "sicher eines der ältesten Mitglieder unsere Religionsgemeinschaft" vorgestellt. Reuß gehörte in den 50er Jahren zur den DUR-Altnazis, die auf ausgedehnten Vortragsreisen neue Sektengemeinden zu gründen versuchten. Lange Jahre war sie Nachfolgerin Herbert Böhmes als Leiterin des "Geistigen Rats", dem von Böhme noch unter dem Namen "Klüt-Kreis" ins Leben gerufenen obersten "theologischen" Gremiums der DUR. (Klüt ist der Name eines Berges bei Hameln, auf dem 1947 vor drei Soldatengräbern die erste Zusammenkunft der DUR-Prominenz nach 1945 stattfand.)

Reuß hat bereits seit Jahren Verbindung zu **Thies Christophersen**, der wegen seiner "Auschwitz-Lügen" verurteilt wurde und in keinem Verfassungsschutzbericht fehlt. 1978 veröffentlicht Christophersens Zeitschrift "Kritik" Gedichte der "Prinzessin". 1986 fungiert Marie-Adelheid Reuß zur Lippe als Chefredakteurin der berüchtigten Zeitschrift "Die Bauernschaft", die von Christophersens "Bürger- und Bauerninitiative e.V." herausgegeben wird.

Wehrsportgruppe Hoffmann

Die "Prinzessin" ist nicht die einzige DUR-Prominente mit Verbindungen zum kriminellen Neofaschismus. **Thomas Darsow** aus Lübeck ist bis zum Ende der 70er Jahre mehrere Jahre lang ständiges Redaktionsmitglied der neofaschistischen Jugendzeitschrift "Tendenz", in der Unitarier schreiben und in der Werbehinweise für die "Unitarische Akademie" erscheinen, eine Weiterbildungseinrichtung der DUR. 1979 arbeitete Darsow bereits selbst bei den "unitarischen blättern" (ub) mit und wird kurz darauf "stellvertretender Schriftleiter" dieses wichtigsten DUR-Organs. Im selben Jahr lädt "Tendenz" zu einer konspirativen Veranstaltung anläßlich einer "Reichsgründungsfeier" in Neumünster "alle nationalen Freunde in Norddeutschland" ein: "wir erwarten u.a. als Redner: **Bernhard C. Wintzek** (MUT), **Dietmar Munier** (BHJ), Kamerad **Hoffmann** (Wehrsportgruppe Nürnberg), **Lothar Schröder** (JG Lübeck)".

Jürgen Riegers "Nordischer Ring"

Im November 1989 sprach **Richard W. Eichler**, seit Jahrzehnten ein DUR-Prominenter, an der "Unitarischen Akademie"; die "ub" berichteten im Januar 1990 breit darüber. Eichler, Gründungsmitglied und erster Generalsekretär der offiziösen "Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste", Träger des "Schiller-Preises" des von Böhme gegründeten "Deutschen Kulturwerkes Europäischen Geistes", ist Anhänger der Nazi-Kunst, publiziert häufiger im Grabert-Verlag (dessen Gründer **Herbert Grabert** gehörte ebenfalls zu den Gründungsreisenden der DUR) und arbeitete mit dem Kasseler "Thule-Seminar" zusammen. Noch im Juni 1989 waren Eichler sowie der langjährige "ub"- und "Nation Europa"-Autor **Dieter Vollmer** und der langjährige DUR-Landesgemeindeleiter in Bremen, **Hermann Thiele**, bei einem gemeinsamen Seminar des rassistischen "Norddeutschen Ring" und der "Northern League" als Referenten angekündigt; Chefdenker dieser Organisationen ist **Jürgen Rieger**, ebenfalls bei diesem Seminar Referent und als Rechtsanwalt militanter Neonazis und aus Verfassungsschutzberichten ebenso bekannt wie als Herausgeber der Zeitschrift "Neue Anthropologie", in deren Beirat der Neuheide **Alain de Benoist** vertreten ist.

SPD-Verbindungen der DUR

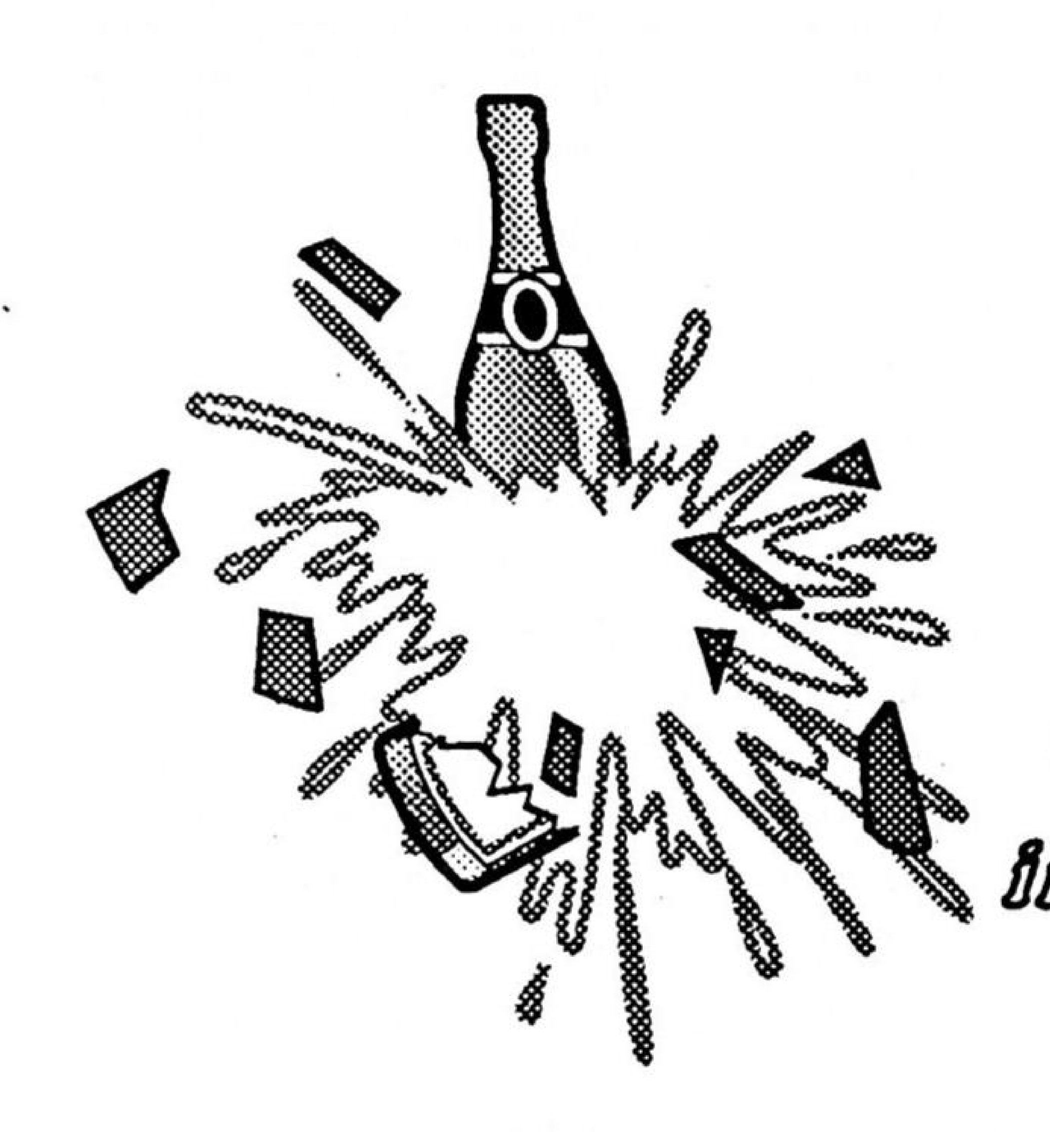
Erstaunliche Querverbindungen finden sich auf der anderen Seite. DUR-Präsident **Horst Prem** von MBB Ottobrunn geht inzwischen mit einem Brief des ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner (SPD, Kassel) hausieren, den dieser dem Verfasser schrieb und den Börner der DUR zugänglich machte. In diesem Brief nimmt der prominente SPD-Politiker demonstrativ die völkisch-rassistische Sekte vor allen vielfach belegten Vorwürfen des Rechtsextremisms in Schutz. Börner stellt sich insbesondere vor den Kasseler Gemeindeleiter **Heinz Ludwig**, der in den 80er Jahren der "ub"-Redaktion angehörte und den angeführten Neofaschismus der "ub" mitzuverantworten hat.

Der Kirchenreferent beim SPD-Parteivorstand in Bonn, Rüdiger Reitz, scheint derart gute Verbindungen zu **Fritz Bode**, dem Präsidenten der rechten Sekten-Dachorganisation "Deutscher Volksbund für Geistesfreiheit" (DVfG) zu haben, daß er vor kurzem der SPD-Abgeordneten Heidi Wiezcorek-Zeul empfahl, auf der Jubiläumsfeier des DVfG eine Ansprache zu halten. Im DVfG haben sich die DUR, der historisch faschistisch vorbelastete "Bund der freireligiösen Gemeinden Deutschlands" (Hauptsitz in Hannover) und die Bode-Organisation "Eekboom-Gesellschaft" zusammengeschlossen. Letztere ist ebenfalls von Rechtsextremisten durchsetzt. Der SS-Rassist **Lothar Stengel von Rutkowski** ist sogar Ehrenmitglied in Bodes neuheidnischer "Eekboom-Gesellschaft". Fritz Bode, der trotz der offenen Flanken all dieser Gruppen in Richtung Eugenik und Euthanasie in Bremen-Osterholz die Lernbehindertenschule an der Duttweilerstraße leitet, behauptet, seit Jahrzehnten Sozialdemokrat zu sein, arbeitete dagegen aber nachweislich jahrelang mit dem Bremer DUR-Leiter Hermann Thiele ("Nordischer Rind", auch Vorsitzender der "Sigrid-Hunke-Gesellschaft") zusammen. Bode behauptet, weitere Kontakte zur SPD, auch zu Reitz, zu haben. Letzterer bestreitet dies inzwischen, nachdem er sich über die Bode-Organisation genauer informiert haben will.

Die von der SPD geförderte niedersächsische Umweltministerin Monika Griefahn, die sich mit DUR-Funktionären duzt, sagte im Juli 1990 nach antifaschistischem politischem Druck offiziell aus Termingründen ihren Vortrag bei einem Sekten-Weltkongreß in Hamburg ab, der maßgeblich von der DUR vorbereitet worden war (vgl. Der Rechte Rand, April 1990).

Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband jedenfalls hat bereits deutlich gemacht, daß er weiterhin in Nibelungentreue zu der Sekte von ca. 200 aktiven Neuheiden halten wird. Seine Bundespressesprecherin erklärte im Sommer 1990 gegenüber der taz, man habe alle Vorwürfe gegen die DUR geprüft, sie hätten sich alle als "nicht stichhaltig" erwiesen.

Es ist erstaunlich, daß eine kleine Sekte, die nach fast allen Seiten Verbindungen zum Neofaschismus zu haben scheint, dennoch mitten in der Gesellschaft steht und aus öffentlichen und Wohlfahrts-Geldtöpfen finanzielle Zuschüsse erhält. Auch wenn die Unionsparteien mit einem "C" beginnen und weniger anfällig für rechtsextremes Neuheidentum zu sein scheinen: Eichlers "Sudetendeutscher Landsmannschaft" stand lange das CSU-MdB Walter Becher vor; MBB ist in der heutigen Form ein Werk von Franz Josef Stauß, CSU-Staatsminister sitzen im MBB-Aufsichtsrat. Faschismus und Großkapital: Der Onkel des Daimler-Benz-Fusionierers Edzard Reuter, **Otto Siegfrid Reuter**, war einer der Hauptideologen des faschistischen Kirchenkampfes. Seine "deutschgläubige" Sekte gehörte mit zu den Vorläufern der DUR.



Das Kollektiv des "Rechten Rand"
wünscht allen LeserInnen und AbonnentInnen
einen guten Rutsch ins neue Jahr,
Gesundheit und Elan
im Kampf gegen Neofaschismus!

ABONNIERT DEN RECHTEN RAND!

DER RECHTE RAND ist ein periodischer Informationsdienst von und für AntifaschistInnen. Die zehnte Ausgabe wird im Januar 1991 erscheinen. **DER RECHTE RAND** kann zum Preis von DM 16,- (sechs Exemplare) abonniert werden und kommt dann mit der Post ins Haus.

Es gibt zwei Möglichkeiten, den **RECHTEN RAND** zu bestellen:

☆ Durch Überweisung von DM 16,-(incl. Porto) auf das Postgirokonto Hannover 44 55 86 - 301 (BLZ 250 100 30)

☆ Durch schriftliche Bestellung an die Adresse der HerausgeberInnen: **Der Rechte Rand** • Postfach 1324 • 3000 Hannover 1 unter Beilegung von DM 16,- (incl. Porto) oder als Scheck.

Bitte in keinem Fall den Namen und die Lieferadresse vergessen!

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift **DER RECHTE RAND** - Informationsdienst von und für AntifaschistInnen bis auf Widerruf.

Name:

Anschrift:

Unterschrift:

❑ Ich habe DM 16,- (incl. Porto) Abogebühren überwiesen.

❑ DM 16,- (incl. Porto) als Scheck liegen bei.

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Unterschrift

____

Peter Schulz-Oberschelp

Zeitschriftenschau

Im antifaschistischen Blätterwald tut sich einiges. An vielen Orten erscheinen Kleinstzeitungen mit örtlichen Informationen, "Antifaschistische Jugendinfo's" gibt es inzwischen in mehreren Städten. Mehrere überregionale antifaschistische Informationsdienste erscheinen regelmäßig. Die antifaschistischen Zeitungen mit zumindest überörtlicher Bedeutung sollen hier kurz vorgestellt werden.



Wer mehr aus dem Süden der Republik erfahren möchte, dem sei der Demokratische Informationsdienst empfohlen. Die vom Anti-Strauß-Komitee herausgegebene Zeitung erscheint seit über 18 Jahren. Sie kann weiterhin auf einen gesonderten Eintrag im bayrischen Verfassungsschutzbericht verweisen.
Die Zeitung befaßt sich schwerpunktmäßig mit der repressiven bayrischen Innenpolitik in allen ihren Schattierungen. Weiter werden regelmäßig Verbindungen vom rechten Rand der Union hin zum organisierten Neofaschismus unter der Rubrik "Nachrichten aus der Sammlungsbewegung" aufgezeigt. Breiten Raum beanspruchen Berichte über antifaschistische Aktivitäten in Bayern und Diskussionsartikel.
Das Jahresabo kostet incl. Porto 15 DM.
Kontakt: Annete Schorb, Kapuzinerstr. 52, 8000 München 5, Postgiro München Konto 1308 56 - 804.



Mehr dem Autonomen Spektrum zugeordnet, erscheint seit 1987 in Westberlin das Antifaschistische INFO Blatt. Besonders auffällig ist das durchweg gute Bildmaterial und das aufgelockerte, zum Lesen verleitende Layout. Die Berichte über neofaschistische Gruppen und Grüppchen sind sehr informativ, der Schwerpunkt liegt auf der West- und Ostberliner Szene.
Neben Berichten über Ausländerpolitik, Rassismus und Lebenschutz bringt das INFO Diskussionsbeiträge zu antifaschistischer Arbeit. Artikel zur Geschichte des Faschismus in Deutschland heben besonders wirtschaftliche Aspekte hervor. Wenn das INFO über den Faschismus schreibt, dann verschweigt es den Kapitalismus nicht.
5 Ausgaben des 40 - 60 seitigen INFO kosten im Abonnement 25 DM.
Kontakt: Antifaschistisches Infoblatt. L. Meyer, Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61.



Die antiFA ist die Zeitung des "Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer" der DDR. Auch die antiFA enthält in ihren älteren Ausgaben recht ansprechende Artikel über die Geschichte des deutschen Faschismus.
Zwischenzeitlich tauchen immer mehr Diskussionsbeiträge über den Neofaschismus in der DDR/BRD auf. Besondere Betonung wird dabei auf strömungsübergreifende Zusammenhänge zwischen Antifaschisten gelegt, ohne deren Existenz nach Meinung der Zeitung antifaschistische Arbeit in Zukunft nicht leistbar wäre. Häufige Büchertips und Hinweise auf Broschüren bilden einen weiteren nützlichen Schwerpunkt. Das Layout bleibt trotz sichtbarer Bemühungen häufig noch etwas kantig.
Das Jahresabonnement (12 Ausgaben) 36 DM + Porto.
Kontakt: antiFA, Unter den Linden 12, 1086 Berlin, Berliner Stadtbank AG 6651 - 32 - 41, Bankleitzahl 120 20 500, Kennwort "Zeitschrift".



Das vorläufige letzte neue Produkt unter den antifaschistischen Zeitungen ist die Zeitschrift Ideen, Für antifaschistische und antirassistische Arbeit. Sie ist das erste faßbare Ergebnis des auf dem 2. bundesweiten Antifakongreß in Frankfurt Anfang des Jahres gescheiterten Versuchs, bestimmte Strömungen aus der antifaschistischen Bewegung auszugrenzen. Sie gibt die Meinung von Juso-Bundesvorstand, ehemaligen VVN-lern und Umfeld zu antifaschistischer Arbeit kund.
Von der Aufmachung her ähnelt sie einer Theoriezeitschrift, Berichte über Neofaschismus sind allgemein gehalten, Konkretes findet sich kaum. Die Macher scheinen allerdings über größere Finanzen zu verfügen und große Pläne zu schmieden. Irgendwie erreichbares Adressenmaterial wurde unaufgefordert und kostenlos mit der Zeitschrift versorgt, tausende von Abonnenten sollen in wenigen Monaten gewonnen sein.
Das Jahresabo (4 Ausgaben) kostet 20 DM, Einzelhefte 6 DM.
Kontakt: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Buch- und Mediendienst, Hauptstr. 2, 3308 Beienrode/Königslutter, Öko-Bank Frankfurt, Konto 600 1572, Bankleitzahl 500 901 00.



In Kiel erscheint seit 1987 die ATZE, Antifaschistische Zeitung Kiel. Die Zeitung wird, von einer festen Redaktion betreut, vom Antifaschistischen Forum Kiel herausgegeben. Sie versteht sich als strömungsübergreifend, wobei einzelne Artikel auf Wunsch gekennzeichnet werden.
Die ATZE hat ein sehr ansprechendes Layout. Neben gut recherchierten Artikeln über den Neofaschismus hauptsächlich in Schleswig-Holstein finden sich ausführliche Berichte über Lebensschützer, Rassismus und Ausländerpolitik. Meist kurze Mitteilungen über Aktionen gegen rechts und die rechte Vergangenheit angesehener Persönlichkeiten runden das Blatt ab. Die ATZE hat sich in kurzer Zeit von einer Art "Artikelsammlung" zu einer ansprechenden Zeitung gemausert.
4 jährlich erscheinende Ausgaben kosten incl. Porto 15 DM.
Kontakt: Antifaschistische Zeitung Kiel, Schweffelstr. 6, 2300 Kiel. Bank: Netzwerk, Postgiro Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto: 487 599-202,, Stichwort ATZE.



Als Zeitschrift mit langer Tradition kommt, ebenfalls aus Westberlin, das antifaschistische magazin Der Mahnruf. Von der VVN Westberlin herausgegeben, erscheint sie bereits im 34. Jahrgang. Von den Turbulenzen in der VVN nicht verschont, scheint das Magazin jetzt sein Erscheinen in Zukunft gesichert zu haben.
Bestimmten Artikel über den deutschen Faschismus das Bild älterer Ausgaben, so dominieren z. Z. Diskussionsbeiträge über antifaschistische Arbeit im 4. deutschen Reich.
4 Ausgaben jährlich kosten 12 DM (incl. Porto).
Kontakt: VVN Westberlin/Verband der Antifaschisten. Boddinstr. 64, 1000 Berlin 44, Postgiro Berlin, Konto 1091 15 - 109, Stichwort Magazin Mahnruf.



Die AntifaZ Antifaschistische Zeitung wird von einer unabhängigen Redaktion erstellt und erreicht als Berichts- bzw. Vertriebsgebiet hauptsächlich das Ruhrgebiet. Die Zeitung erscheint seit fünf Jahren, Satz und Layout haben die anfänglichen Schreibmaschinentage hinter sich gelassen.
Über den Neofaschismus wird in einer Rubrik "blick nach draußen" und in wenigen Artikeln berichtet. Die Stärke der AntifaZ liegt mehr im Diskussionsteil, in dem verschiedene Meinungen zur antifaschistischen Arbeit und damit verbundenen Gebieten (Ausländerpolitik, Gen-Repro, Sinti und Roma) breit zu Wort kommen. Mit Berichten über antifaschistische Projekte wird versucht, die Zusammenarbeit zu verbessern.
Das Abonnement kostet bei 6 Ausgaben jährlich 12 DM + Porto.
Kontakt: AntifaZ, Antifa-Zentrum, Herner Str. 43, 4350 Recklinghausen, Stadtsparkasse Recklinghausen, Konto: 1 000 229 38, Bankleitzahl 426 500.